

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Backhelfer, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kollischwaren-

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M. 2. Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsbüro: Montag morgen 10 Uhr. Infektionspreis pro dreizehnl. Blattzelle 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Die Gewerbe-Inspektion und das Bäcker- und Konditorgewerbe im Jahre 1912

Bei der Durchsicht der Jahresberichte der Gewerbeinspektoren für das vergangene Jahr bekam man über die soziale Lage der Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien den Eindruck, als seien die von uns tagtäglich in die Öffentlichkeit gebrachten Missetände radikal beseitigt worden. Die letzten Berichte können über recht wenig Verbesserungen der Arbeiterfortschreitungen und weniger Vorgänge bezüglich der sanitären und hygienischen Missetände registrieren. Letztere würden ohne weiteres den Eindruck gewinnen, nur bestände in den Bäckereien und Konditoreien die denkbar größte Ordnung.

Diese Ansicht kann aber schon deshalb nicht richtig sein, weil noch in den nachhergehenden Berichten über große Missetände Material zutage gefördert wurde. Vielleicht gerade deshalb haben sich die Aufsichtsbeamten von dem Grundsatze leiten lassen, diesmal nicht die Notwendigkeit zu gründlichen Revisionen bestände, oder sollte zureichen, was man schon früher an dieser Stelle mühevoll konnte, daß die Landesregierungen nicht angenehmer ist, wenn die Aufsichtsbeamten bemüht sind, die vorhandenen Missetände aufzudecken und auf Abhilfe zu dringen. Der preussische Handelsminister richtete 1910 folgenden Erlaß an die Gewerbe- und Fabrikinspektoren:

Die Jahresberichte haben sich ihrer gesetzlichen Bestimmung gemäß, auf die Mitteilung von Tatsachen und Feststellungen zu beschränken, theoretische Erörterungen, insbesondere Abmahnungen auf dem Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung bestehender Gesetze, Verordnungen usw. gehören nicht in diese Berichte. Nur solche Tatsachen sind mitzutheilen, die auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen; Angaben dritter Personen oder gar Gerüchte, deren Richtigkeit sich nicht zweifellos feststellen lassen, sind entweder überhaupt nicht zu berücksichtigen oder, wenn ihre Erwähnung aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur unter Mitteilung der von dem Aufsichtsbeamten unternommenen Versuche zu ihrer Klärung und unter ausdrücklicher Bestimmung ihrer Unkontrollierbarkeit wiederzugeben. Es ist zur Vermeidung jeder überflüssigen und lästigen Ausdehnung strengstens darauf zu achten, daß der Bericht nur über diejenigen Punkte sich erstreckt, hinsichtlich deren im Berichtsjahr Maßnahmen ergreift worden sind, die wesentlich genug erscheinen, um zur Kenntnis des Bundesrates und des Reichstages gebracht zu werden."

Sie bei allen reaktionären Anlässen die übrigen Bundesstaaten dem Vorgehen Preußens nachzusehen, so ist bestimmt anzunehmen, daß auch bezüglich dieses Kollischwarenerlasses nach demselben Schema gehandelt wurde. Es ist nämlich die Tatsache festzustellen, daß nicht nur der preussische Bericht, sondern auch die Berichte aus den süddeutschen Staaten diesmal über die Zustände in den Bäckereien und Konditoreien recht mageres Material zu veröffentlichen mußten.

Das unzufällige Vorkommen der Technik im Gewerbe, wie es schon bei öfter in den amtlichen und privaten Erhebungen nachgewiesen werden konnte, tritt in den Berichten der Gewerbeinspektion auch wieder stark in der Erscheinung. Die Entwicklung derjenigen Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern und solcher, die mit Maschinen, durch motorische Kraft betrieben, arbeiten, können wir aus folgender Zusammenstellung ersehen. Es waren solche Betriebe vorhanden:

	1911		1912		Zunahme	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Preußen	5952	13992	6224	20520	272	6528
Bavarn	572	2997	844	3188	272	791
Württemberg	319	985	509	1348	190	398
Baden	408	1400	588	1688	180	377
Großherzogtum Hessen	281	884	285	1014	4	190

Wichtig, Verbandsfunktionäre!

In den nächsten Tagen wird die Probenummer der auf der Frankfurter Generalversammlung beschlossenen fachtechnischen Zeitschrift:

Technik und Wirtschaftswesen im Bäcker- und Konditorgewerbe und in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Kollischwarenindustrie

in einer Auflage von 30000 Exemplaren zum Versand kommen. Das Probeheft ist als Sondernummer hergestellt, hat also anderen Inhalt als die erste Nummer des am 15. Oktober beginnenden Jahrganges und soll unentgeltlich zur Verteilung kommen. Den einzelnen Zustellungsverwaltungen wird je nach Stärke eine entsprechende Anzahl zugehen, so daß die größeren Betriebe mit mehreren Exemplaren belegt und auch alle Funktionäre der Organisation zwecks Werbung von Abonnenten damit versehen werden können. Es ist bei der Abonnentenwerbung von Anfang an darauf hinzuwirken, daß die Bestellungen möglichst nur durch die Post gehen, jedem Exemplar liegt ein Bestellchein zur gefälligen Benutzung bei. Die Post nimmt natürlich auch ohne diese Bestellcheine unter Angabe des Titels und Verlagsortes - Bestellungen entgegen. In dem meisten Fällen wird es praktisch sein, wenn die Funktionäre bei der Ausfüllung der Bestellcheine den Kollegen beifällig sind, den Betrag - 50 Pfennige pro Quartal und 6 Pfennige Bestellgeld - gleich beizulegen und die Bestellung auf der Post selbst erledigen. Wenn es einzelnen Kollegen nicht möglich ist, sich das Blatt ins Haus schicken zu lassen und sie deshalb ständig die Zustellung durch die örtliche Organisation wünschen, so kann letztere die benötigte Anzahl Exemplare von der Hauptverwaltung direkt beziehen, kostet aber für den Betrag und muß ihr am Monatschluß mit dem Hauptkassierer ebenso verrechnen wie etwa bezogene Einzelhefte, die mit 25 Pfennige pro Stück zu bezahlen sind.

Das Blatt erscheint monatlich einmal. Ueber die Zeit, die es sich gefast hat, orientiert zur Genüge das Verbandsorganprotokoll und weiteres sagt die Probnummer selbst, so daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Wir erwarten aber, daß die Agitation für "Technik und Wirtschaftswesen" jetzt um so mehr von allen Seiten erfolgt mit Energie und planvoll in Angriff genommen wird, weil die Organisation für die sehr gute Ausstattung der Zeitschrift beträchtliche Opfer bringen muß und diese erst im Ueberschusse kommen werden, wenn ein ansehnlicher Abonnentenstand erreicht ist. Dringend bitten wir auch, daß die Bestellungen auf das erste Quartal bei der Post bis zum 20. September und bei der Hauptverwaltung bis Ende September gemacht werden, da dann die Höhe der notwendigen Beiträge für die erste Nummer festgestellt werden muß. Die Bestellungen, die nach diesem Termine eingeht, von der ersten Nummer am geliefert werden können, ist also fraglich. Die Werbearbeit ist also ohne Zögern aufzunehmen!

Redaktion und Verlag
"Technik und Wirtschaftswesen"

Die Zunahme dieser Betriebsklasse innerhalb eines Jahres beträgt 1348 Betriebe mit 4963 Arbeitern, und Ende des vergangenen Jahres waren in den fünf Bundesstaaten 3521 solcher Betriebe mit 29919 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Die Entwicklung vom handwerksmäßigen Kleinbetrieb zum maschinellen Großbetrieb schreitet also viel rascher vor, als es von uns festgestellt werden konnte. Besonders die Anschaffung technischer Hilfsmittel, wie Anetz- oder sonstige Maschinen, wurde von den kapitalkräftigen Klein- und Mittelbetrieben in den letzten Jahren stark ausgenutzt zur rationalen Betriebsweise. Der „eisernen Gefelle“ bringt aber nicht immer die von ihm zu erwartenden Vorteile. Oft kann die Vornahme gemacht werden, daß durch die Ausbreitung der Technik im Gewerbe vorerst noch der Beschäftigungsdruck vermindert wird. Das findet die Erklärung darin, daß durch den Fortschritt der schweren Arbeiten der Gehilfe „überflüssig“ wird und die noch verbleibenden leichteren Arbeiten durch jugendliche Arbeitskräfte (Lehrlinge) verrichtet werden können. Diese Erscheinung wird aber nur eine vorübergehende sein, denn mit dem Siegeszug der Technik wird der Kleinbetrieb um so früher der Großbetriebe Platz machen müssen.

Betrachten wir uns nun die Zahl der vorhandenen Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter gegenüber dem Vorjahre. Gezählt wurden in:

	1911		1912	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Preußen	33290	58412	35271	57982
Bavarn	9066	19410	9069	15190
Württemberg	1812	2887	1715	2881
Baden	2621	4081	2631	3741
Großherzogtum Hessen	1580	2987	1547	1967

Es sind also die Betriebe innerhalb eines Jahres um 226 weniger geworden, und die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter ist um 5370 zurückgegangen. 1911 waren in diesen Bundesstaaten 47349 Betriebe mit einer Gesamtarbeiterzahl von 56307 vorhanden; 1912 dagegen 47123 Betriebe mit 51437 Arbeitern. Wir sind also in der Periode angelangt, wo sich bereits die Entwicklung der Technik im Gewerbe recht unliebsam für alle diejenigen, welche im Glauben an das Selbständigmwerden dahinsinken, fühlbar macht. Der Rückgang einiger hundert Betriebe kommt selbstverständlich nicht greifbar in Erscheinung, aber schon die Tatsache, daß keine Zunahme der Betriebe von den Gewerbeinspektoren konstatiert werden kann, ist bereits Beweis von dem Unrückgriffen und der Entwicklung der Großbetriebe. Da hätte es sich doch verlohnt, wenn die Aufsichtsbeamten dies, ihnen sicher nicht entgangene Tatsache auf ihre Ursachen untersucht hätten. Wir sind der Ansicht, daß der Verfall eines Gewerbes, welches sich im kapitalistischen Wirtschaftswesen am längsten als Kleinhandwerk in Reinkultur erhalten konnte, von der Behörde nicht unbeachtet bleiben darf.

Diese Tatsache ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Kunsthandwerks geübt durch das Handwerksrecht von 1897. Damals hat die Regierung den Kunsthandwerkern durch die Handwerkerneuordnung weitgehende Privilegien in der Lehrlingsabhaltung und dem Schutz des Meisterrechts gewährt. Sie gab ihnen das Recht, Jugendorganisationen zu gründen. Das Handwerksrecht konnte aber den Mangel der kapitalistischen Kleinbetriebe nicht aufhalten, und wie obige Zusammenstellung beweist, müssen trotz aller Regierungshilfe die Jugendbetriebe dem Kapitalismus das Feld räumen.

In Fortsetzungen werden wir auf die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten bei den Revisionen und der dabei vorgefundenen Missetände sowie Uebertretungen der Arbeiterfortschreitungen eingehen.

Die Eintragsfliegen

Wichtigster zu gewinnen, ist nicht schwer, doch dem Besuche sie erhalten...

Eintragsfliegen sind ein Krebsgeschwür in der Gewerkschaftsbewegung. Sie auf ein Minimum herabzuredern, würde viele Unannehmlichkeiten beseitigen...

Die ansploggeheute Ursache dürfte im Indifferenzismus zu suchen sein. Insbesondere hat die Beobachtung bewiesen, daß die in öffentlichen Versammlungen aufgenommenen Mitglieder am leichtesten wieder verfallen...

Kritikerte ergabte er von seiner Aufnahme oder von der Versammlung seinen Nebenfliegen oder dem Schling. Der Reiter erklärt es auch alsbald, und man geht es los, der noch zweifelnden Kollegen grüßlich zu machen...

In einem Artikel in Nr. 4 unseres Jahrgangs, 'Verfollern, gestrichen, ausgelesen', sind schon eine Reihe Anregungen enthalten, wie diesen Hebeln abgeholfen werden kann...

Zu solchen Besprechungen könnten auch die Bezirksleiter hinzugezogen und damit zwischen beiden Seiten ein uniger Kontakt hergestellt werden...

Am wenigsten finden wir Eintragsfliegen unter solchen Kollegen, die durch systematische Kleinarbeit gewonnen wurden und von den betreffenden Kollegen dann nicht wieder angesetzt gelassen werden...

Für dann, wenn alle diese Bedingungen in den Mitgliedschaften beachtet und danach gehandelt wird, kann eine Besserung in dieser Richtung erhofft werden...

50 pSt. beträgt. Um ein solches Resultat in diesem Jahre nach zu erreichen, gilt es, alle Kräfte anzuspornen und mehr denn je die gewonnenen Mitglieder nicht nur zu erhalten...

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912

Im Lager der christlichen Gewerkschaften spielten sich im vergangenen Jahre Vorgänge ab, die selbstverständlich ihren Einfluß auf die Entwicklung dieser im Schlepptau der Zentrumsparter für bewegenden Gewerkschaftsrichtung ausübten...

Die Mitgliederbewegung beweist, daß im Vorjahre die Christen keine Fortschritte aufweisen konnten. Am Jahresanfang waren 350.574 Mitglieder vorhanden...

Ob die christlichen Gewerkschaften in einem Jahre 10 000 oder 20 000 Mitglieder mehr oder weniger zählen, ist für deren Zukunft nicht in dem Maße entscheidend wie die Tatsache, daß sie sich nicht wider ihre Überzeugung zum Spielball einer skrupellosen sozialdemokratischen Streitaktiil gebrauchten lassen dürfen...

Mit diesem Galgenhumor trösten die Leitthammel ihre Mitglieder und freuen sich obendrein, daß der organisierte Streikbruch ihren Mißtätern eingedrückt werden konnte...

Table with 3 columns: Jahr, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften. Rows for years 1908-1912.

Von den freien Gewerkschaften liegen die Durchschnittsziffern für 1912 noch nicht vor. Die Mitgliederzunahme beträgt demnach seit 1908:

bei den freien Gewerkschaften 722 967 christlichen 86411

Im Jahre 1912 konnten die freien Gewerkschaften eine Zunahme von 159 763 Mitgliedern buchen, die Christen dagegen hatten nur ein Mehr von 356 Mitgliedern aufzuweisen...

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 6 608 350, gegen das Vorjahr ein Mehr von 364 708; die Ausgaben betragen 1911 5 299 781 und 1912 5 222 727 = 77 054 weniger...

Die wichtigsten Ausgabeposten sind die für Streiks und Gemagregelte: 654 323, für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201 323, für Krankengeld 761 293...

Krieg vom Kaiserlicher Schaufel in München

Sicher Redaktor!

Es lebe die Gaugrafszeit! Jawohl, mein Lieber, wenn Du als Vürger der Feder auch nicht immer damit zusammenhängen sein kannst, aber ich habe dabei...

Was mir hauptsächlich die Feder in die Hand drückt, das ist der letzte Verbandsbes, mit dessen Bechtung von dem die 'Landschleierung' der Gaugrafszeit ich auch gar nicht auseinander erklären kann...

Das Mamon von Kammern

Beck herrliche Genealogie das gegeben hätte, ist gar nicht auszubedenken, von Schildern gar keine Rede...

Aber: Die Reichsgaugsgrafen sind tot, es lebe der Internationale! Gänzlich ist das Gaugrafsystem glücklichverloren und nicht wiederherzustellen...

Junge, wenn es auch gerade keine Gottähnlichkeit ist, was auf dem internationalen Thron sitzt, so ist es doch immerhin ein Genie...

Ah, ja. Was ich bald vergessen hätte? Du schreibst mir, ob ich kein gutes Rezept für Herstellung von Portwein hätte. (Anfimm - das war wahrscheinlich der Graf von München -)

direkten Ausgaben für Mitglieder dürfen in einer ganzen Anzahl freier Verbände höher sein als in den christlichen Organisationen zusammen.

Der zehnte Teil der Gesamteinnahmen — M. 670 490 — ist allein auf die Agitation verwendet worden, das sind M. 16 196 mehr, als für Streik- und Gemäßregelunterstützung ausgegeben wurden. Durch die geringen Aufwendungen für Streiks kommt erst recht die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Der größte christliche Verband hat im Berichtsjahre für Streiks nur M. 83 782 ausgegeben. An den Angriffstreiks waren nur 8569, an Abwehrstreiks 1848 und an Aussperrungen 3180 Personen beteiligt. Die von den Christen inszenierten Tarifbewegungen werden in den seltensten Fällen von ihnen allein mit Erfolg durchgeführt. Die freien Gewerkschaften bilden hier den Rückhalt, und ohne diese würden die Christlichen über meagre Erfolge berichten können. Die deutsche Arbeiterschaft wäre heute schon auf einer höheren wirtschaftlichen und politischen Stufe angelangt, wenn das von den christlichen Gewerkschaften zugunsten der Arbeiter herausgeholt nicht auf der andern Seite von ihren Führern doppelt und dreifach durch Streikbrecher und sonstigen Verrat verdorben worden wäre.

Der Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiterverband berichtet über einen Mitgliederstand im Jahresdurchschnitt von 2008, inklusive 225 weiblichen. Die Zunahme gegen 1911 beträgt 270 männliche und 28 weibliche Mitglieder. Im Ende des Berichtsjahres sollen 3205 Mitglieder vorhanden gewesen sein. Von den 1784 Neueingetretenen ist knapp ein Fünftel dem Verbands verblieben. Bei einem Vergleich der Verhältnisse mit unserm Verbands ergibt sich:

	Unser Verband		Christlicher Verband	
	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut
Einnahmen	782 400	25,66	47 496	16,34
Ausgaben	614 980	21,56	38 408	12,90
Vermögen	410 862	14,40	26 515	7,90

Für Unterstützung wurden ausbezahlt:

	Unser Verband		Christlicher Verband	
	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut
Streik- u. Gemäßregelunterstützung	86 768	3,—	6187	2,06
Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung	191 421	6,70	4189	1,40
Sonstige Unterstützung	11 921	—,41	541	—,18

Die Ohnmacht der christlichen Organisation tritt bei dieser Gegenüberstellung recht deutlich zutage. Den Christen ist es auch nur möglich unter größter Anstrengung, Fortschritte erzielen zu können. Allein für die Agitation mühten M. 7841 oder mehr als ein Siebtel sämtlicher vereinnahmten Gelder aufgewendet werden. An Gehältern für die Angestellten sind nur M. 3795 verbucht, im Jahre vorher waren hierfür M. 3375 eingestellt. Wir behaupten, daß der christliche Zentralverband seinen Mitgliedern etwas vorstulert. Es ist ganz unmöglich, daß die neun Beamten nur M. 3795 an Gehältern bezogen haben, die mühten ja verhungern, und die christlichen Gewerkschafter wären noch schlimmer als die argsten Ausbeuter.

Von den Lohnkämpfen erfahren wir, daß zwölf Bewegungen mit 455 beteiligten Personen stattfanden, darunter waren ein Angriffstreik, ein Abwehrstreik und eine Aussperrung mit zusammen 124 Personen. Erreicht wurde für 119 Mitglieder eine wöchentliche Lohnerhöhung von M. 1,32 bis M. 4,80, und für 77 Personen konnte die Arbeitszeit pro Woche um eine bis sechs Stunden verkürzt werden. Tarifabschlüsse erfolgten acht, so daß nur die Christlichen an 27 Verträgen beteiligt sind. Das sind die „großen Erfolge“, von denen die Christlichen das ganze Jahr hindurch geprahlt haben.

Unser Verhandlung und die Unternehmerpresse.

Die Zeitungsschreiber der Unternehmerpresse machen sich die Berichterstattung über die Tagung in Frankfurt am Main wirklich sehr leicht. Eine selbständige und sachliche Arbeit hat nur die „Güntherische Bäder- und Konditor-Zeitung“ veröffentlicht. In den übrigen Innungsblättern werden die Verhandlungen in der ihnen eigenen Art beschrieben. Daß die Unternehmer mit den Verbandstagsbeschlüssen nicht einverstanden sind, war vorauszusetzen. Wir treten doch nicht zusammen, um Beschlüsse zu fassen, die im Interesse der Unternehmer liegen, sondern bei untern Tagungen lassen wir uns nur von den Grundgedanken leiten, wie die mannigfachen Wünsche der Kollegenchaft praktisch verwirklicht werden können. Das kann aber einer im Dienste der Unternehmer stehender Zeitungsschreiber nicht einsehen.

Das in Frankfurt a. M. erscheinende Innungsorgan macht sich die Berichterstattung für die Bädermeister besonders leicht. Sie bringt die in der „Volksstimme“ erschienenen Auszüge aus den Referaten zum Abdruck, beachtet sie mit Unflätigkeit und serbiert sie als eigenes Geistesprodukt ihren Lesern. Dabei orakelt sie: „Aus den Verhandlungen haben wir den Eindruck gewonnen, daß seitens des Verbandes das Kampffeld verlegt wurde. Wurden früher die Lohnkämpfe hauptsächlich mit den Innungen geführt, so sind es in neuester Zeit hauptsächlich die Schokoladenfabriken usw., also hauptsächlich Betriebe mit vielen Arbeitern, die mit Streiks beglückt werden. Es mag dies wohl daran liegen, daß seitens des Verbandes die bei den Innungen beschäftigten Bädermeister, soweit dies möglich war, für denselben gewonnen sind und der Verband sich auf die andern nur geringe Wirkung macht, wie denn überhaupt die Fluktuation (das heißt solche, die schon einmal beigetreten und wieder ausgetreten sind) im Verbands sehr groß ist; andererseits, weil

der Verband bei den Schokoladen- und Bonbonfabriken usw. sozusagen Ausland beackert, das mehr abwirft, das heißt viele Mitglieder einbringt und der Verband große Mitgliederzahlen braucht, um seinen Fortschritt zu dokumentieren. Die Folge ist, daß die Bädergehilfen prozentual im Verband stark abnehmen, während sich der Prozentsatz der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen vermehrt.“

Das Referat über: „Die Bedeutung der Gesellenvertreter bei den Innungen“ konnte selbstverständlich bei der Frankfurterin nicht die Zustimmung auslösen. In der Kritik zieht sie alle Register ihrer Paragraphenweisheit und bestreitet entschieden, daß jemals von den Innungen den Gesellenausschüssen ihre Amtsausübung erschwert wurde. Wo es aber dennoch gechehen sei, so trifft dies nur so weit zu, als sich deren Tätigkeit mit den Innungsleistungen nicht vereinbart; denn hier müssen wir die Herren doch erinnern, daß sie nicht die Interessen der Kleinbetriebe wahrnehmen, sondern die der Konsumbäderereien und Brotfabriken, deren Besitzer meistens noch nicht einmal Mitglieder des Innungen sind. Es ist deswegen sozusagen nur Selbsterhaltungstrieb, wenn die Innungen die Tätigkeit der Gesellenausschüsse bekämpfen, wenn deren Tätigkeit gegen deren Lebensinteressen gerichtet ist.“ Das Unternehmerorgan bestätigt also selbst, daß solche Gesellenausschüsse

... Wenn Preußen in den Stand gesetzt wurde, die 1815 verschluckten westfälischen Brocken einigermaßen zu verdauen, 1848 die Revolution in Berlin zu unterdrücken, 1849 trotz der rheinisch-westfälischen Aufstände an die Spitze der deutschen Reaktion zu treten, 1866 den Krieg mit Oesterreich durchzuführen und 1871 ganz Kleindeutschland unter die Führung dieses zurückgebliebensten, stabilsten, ungebildetsten, noch halb feudalen Teiles von Deutschland zu bringen, wenn verdankt es das? Der Schnapsbrennerei.“

Friedrich Engels im „Volksstaat“ (1876)

bekämpft werden, die nicht Innungs(Reifer)interessen vertreten. Wohl mußten wir diese Tatsache schon längst, aber so unberührt hat noch kein Innungsorgan dieses bestätigt.

Wie sehr wir die Unternehmer durch unsere Verbandsratsbeschlüsse in ihrer beschaulichen Ruhe aufscheuchten, beweisen recht treffend die Wintergüsse der Frankfurter Innungszeitung. Für uns handelt es sich nun darum, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Dann erst können wir der Gesamtkollegenchaft große Dienste erweisen. Nicht raffen wollen wir nun, sondern mit neuem Mut und verdoppelter Anstrengung unsern Ziele nähermaschieren.

Das preussische Ministerium gegen den Terrorismus in den Innungen.

Die Ansicht des preussischen Handelsministers über den in den Innungen betriebenen Terror anlässlich von Arbeiterlohnkämpfen ist uns bekannt. In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 25. Februar brachten die sozialdemokratischen Vertreter die skandalösen Vorgänge in der Magdeburger Bäderzwangsinnung zur Sprache. Dort wurde beschlossen, alle diejenigen Innungsmitglieder, welche mit unserer Organisation in das Tarifverhältnis treten, täglich mit einer Ordnungstrafe von M. 20 zu bestrafen. Die von den tariffreundlichen Bädermeistern somit verwickelten Strafgelehrten wurden auch, nachdem die Strafe vom Magistrat und vom Regierungspräsidenten als zu Recht bestehend beantragt wurde, auf dem Wege der Zwangsvollstreckung durch die Innung eingetrieben.

Im Abgeordnetenhause hatte aber der Minister für das zweifelslos ungeheuerliche Vorgehen der Innung kein Wort der Mißbilligung gefunden. Er sagte vielmehr nach dem Stenogramm:

Es ist die Aufgabe der Innungen, den Arbeitsnachweis zu fördern; die Innungsmitglieder dürfen sich also zu keinem Abkommen verpflichten, welches den Innungsarbeitsnachweis ausschaltet. Ich behaupte gar nicht, daß die alleinige Benutzung des Innungsarbeitsnachweises ihnen zur Pflicht gemacht werden kann. Darum hat es sich in dem Frankfurter Erkenntnis gehandelt, das als Verstoß gegen § 41 der Gewerbeordnung vom Landgericht in Frankfurt beanstandet worden ist. Aber eine Klausel, die, wie ich nachgewiesen habe, darauf hinausläuft, den Innungsarbeitsnachweis auszuscheiden, dürfen die Innungsmitglieder unter keinen Umständen zulassen. Wenn ein solcher Vertragsabschluss den Innungsmitgliedern durch die Innungen verboten wird, so handelt die Innung im Recht, im Kreise ihrer Pflichten. Ich werde im Ausschusse die Entscheidung des Regierungspräsidenten zu Magdeburg, ganz unbeschadet, wie man über ihre Begründung im einzelnen denken mag, nicht beanstanden, weil sie im Endergebnis richtig ist. Es handelt sich in Magdeburg um den Kampf des Zentralverbandes der Bäder gegen die nicht zur sozialdemokratischen Richtung gehörenden Bädermeister und meistertreuen Gesellen. Sie darin zu unterstützen, wird meine Aufgabe sein, so weit es mit dem Recht vereinbar ist, und daß es hier mit dem Rechte vereinbar ist, habe ich, glaube ich, dargelegt. Unfreiwilligerweise haben sich die übrigen Bundesstaaten nach der Ansicht des preussischen Ministers nicht getraut

und sind ihre eigenen Wege gegangen. Es ist unhaltbar, wenn erklärt wird, daß die Entscheidung des Regierungspräsidenten in Magdeburg nicht zu beanstanden sei und solche Innungsbeschlüsse, die zweifelslos gegen die Bestimmung des § 133 der Gewerbeordnung verstoßen, zu Recht bestehen. Das Ministerium des Innern in Württemberg hat kurz darauf den gegenteiligen Standpunkt eingenommen und Strafen gegen Innungsmitglieder, weil sie mit der Hilfsorganisation in das Vertragsverhältnis treten, als ungesetzlich und nicht den Befugnissen der Innungen zustehend erklärt.

Der preussische Handelsminister mußte nun notgedrungen seine im Abgeordnetenhause zum besten gegebene Ansicht einer Revision unterziehen, wenn er sich mit den übrigen Bundesstaaten nicht in Widerspruch setzen wollte. In einer kürzlich erlassenen Verfügung über die Befugnisse der Zwangsinnungen heißt es:

Wie sich Zwangsinnungen in Arbeitgeberverbänden nicht weiter betätigen sollen, als mit der Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbar ist, so dürfen sie auch im übrigen keine Beschlüsse fassen, die sich als Kampfmaßregeln in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern darstellen. Deshalb ist es zum Beispiel unzulässig, wenn Zwangsinnungen ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen und nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die einen bestimmten Revers unterzeichnet haben, oder wenn sie ihren Mitgliedern unter Strafandrohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen, und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen. Beschlüsse, welche lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Verhandlungen zu nötigen, verletzten überdies die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang. Eine Verpflichtung der Innungsmitglieder, nur bestimmte Gesellen zu entlassen, ist auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Soweit indes die Innungsmitglieder in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Innungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Innungsmitgliedern zu unterstützenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen würden — zum Beispiel die Verpflichtung, ausschließlich einen andern als den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Innungsarbeitsnachweis grundsätzlich zu meiden — oder, soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenwörtliche Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsinnungen befugt, ihren Mitgliedern den Abschluß derartiger Verträge zu untersagen. Was also kurz vorher erlaubt wurde, wird im letzten Teil wieder verboten.

Wir vermissen die Konsequenz. Während eingangs erklärt wird: Es ist nicht zulässig, wenn die Zwangsinnungen ihren Mitgliedern unter Strafandrohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen, und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen, lautet der letzte Satz: Soweit indes die Innungsmitglieder in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Innungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Innungsmitgliedern zu unterstützenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen würden — zum Beispiel die Verpflichtung, ausschließlich einen andern als den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Innungsarbeitsnachweis grundsätzlich zu meiden — oder, soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenwörtliche Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsinnungen befugt, ihren Mitgliedern den Abschluß derartiger Verträge zu untersagen. Was also kurz vorher erlaubt wurde, wird im letzten Teil wieder verboten.

Als eine klare Entscheidung kam sicher die neueste Verfügung des Ministers nicht angebrochen werden. Damit kann auch nicht dem gewerkschaftlichen Frieden gedient werden. Je nach der Ansicht der Innungsleiter, ob Tarifreue oder Tarifgegner, kann die Entscheidung geteilt werden. Wollen die Innungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht tariflich regeln, dann unterliegen sie einfach den Mitgliedern derartige Abschlüsse, die nach Ansicht des Ministers gegen die guten Sitten und Gesetze verstoßen. Klar wird lediglich ausgesprochen, daß es unzulässig ist, wenn Zwangsinnungen ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen. Damit in wenigstens den Scharfmachern im Bäder- und Konditorgewerbe ein Niegel vorgeschoben. Wir möchten daher unsere Mitglieder ganz besonders darauf verwerten, und sofort Mitteilung zu machen, wenn sich eine Innung denn doch erlauben soll, einen Beschlus zu fassen, daß die Verbandsmitglieder entlassen werden sollen.

Wenn auch durch diese Verfügung eine kleine Besserung gegen den bestehenden Zustand eingetreten ist und den Scharfmachern ein Dämpfer auf ihre fanatische Wut gegen die gewerkschaftliche Organisation gesetzt wurde, so steht aber das eine fest, daß die Unternehmer alles versuchen werden, um in anderer Weise den Terror gegen die tariffreundlich Gesinnten ausüben zu können. Soweit können wir die Scharfmacher der Bäderinnungen, daß sie so lange auf die Verfügung warten, als nicht eine starke Gehilfenorganisation ihnen gegenübersteht, die sich kraft ihrer Macht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge erzwingen kann.

Im Kampf gegen die Monopolwirtschaft.

II.

Wenn wir uns den wirtschaftlichen Kampf unter der Herrschaft des Kapitalismus etwas genauer ansehen, so fallen uns sofort die zahlreichen Monopole auf, die dem einen Menschen den Kampf erleichtern, während sie den andern vom Kampffelde ausschließen. ...

vollreichen, im Aufstiege begriffenen Stadt aus verschiedenen Gründen beschränkt. Der Zustrom der Bevölkerung vom Lande, die ihre hauptsächlichste Ursache in der fortschreitenden Industrialisierung unseres Wirtschaftslebens hat, erfordert eine Vermehrung der Wohngelegenheit innerhalb der bisherigen Stadtgrenzen und eine zeitwährende Ausdehnung über das Reichbild der Stadt hinaus. ...

ein Wort mitsprechen, und bald bequeme man sich, zu unterhandeln. Es wurde dann allen Gehilfen eine Lohnentschädigung von 10 pro Woche für den Wegfall der Kost gewährt. ...

Wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gingen, so kann aber gesagt werden, daß die Kollegen in diesem kleinen Orte einen schönen Erfolg erzielt haben. Es ist das ein Beweis, daß man überall die Verhältnisse verbessern kann, wenn nur die Kollegen einig sind und geschlossen vorgehen. ...

Zur Bewegung der Gesellen in den Kleinbäckereien Hannovers. Die Innung versucht jetzt das denkbarste, dem Publikum, dessen Sympathien zweifellos auf Seiten der Gesellen ist, darzulegen, daß alles wieder in schöner Ordnung ist. ...

Der Minister des Innern hat an die Innungen jetzt wieder einen Erlaß gerichtet, worin er die Verhängung derartiger Strafen bei Tarifabschlüssen der einzelnen Meister verbietet. Hoffentlich beachten die Herren vom Innungsvorstand nun auch diesen Erlaß. ...



Verbandsnachrichten.

Schaumachung des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsrat wurden wegen verbandsfeindlichen Verhaltens auf Antrag der Jahreshelle Berlin Hugo Wangel (Geb.-Nr. 1842) und auf Antrag der Jahreshelle Suhl Paul Franz (Geburtsdatum).

Der Verbandsvorstand.

J. A. C. Hillmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 21. bis zum 26. Juli gingen bei der Hauptkassiererin des Verbandes folgende Beiträge ein: ...

Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Frankfurt a. M. C. Die Worte des Vertrauensmannes H. Alfred Schmidt, Führer des (Bäckerei). Alle Vertrauensleute sind herzlich zu heißen.

Schulbewegungen und Streiks.

(Die Schulbewegungen über Schulbewegungen werden nicht, bei allen Schülern aber richtige Anschauungen und die Zahl der daran beteiligten Kinder und Arbeiterinnen angegeben.)

Bäder.

Lehrbewegung im Bäckergewerbe in Ostpreußen. Die letzten Bäckergesellen haben durch die Organisation der Lehrbewegung die Lage zu verbessern. ...



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Schriftstempel versehen und dem Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäder.

Braunschweig. Paul, unbeschäftigt, verheiratet. Dem Feind der Berliner Bäckerei, Herrn Hiermer, Abteilungsleiter, welcher mehrere Stellen in der Stadt Braunschweig unterhält, sind die Beziehungen des Deutschen Bäder- und Konditorenverbandes ein Dorn im Auge. ...

Sie mit den Kohlen, so verhält es sich auch mit dem Weizen, dem Reis, dem Getreide, den Fleischwaren und allen jenen Naturerzeugnissen, die des Eigentums einer Handvoll von Menschen sind, denen ein glückliches Geschick diese Dinge in den Schoß gelegt hat. ...

Organisierten als „Aufheber“ beschimpft. An den Gesellen liegt es nun, bis zum letzten Mann dem Verbanne beizutreten, damit es endlich einmal möglich wird, diese unerhörten Zustände zu beseitigen.

Sannover. Die halbjährliche Generalversammlung tagte im „Nordstädter Gesellschafterhaus“ am 20. Juli. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle sich wiederum recht gut entwickelt hat. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 545 auf 508 am 1. Juli. An der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder beteiligten sich 41 Mitglieder. 21 neue Mitglieder war das Ergebnis der Agitation. Diefem Zugang stand ein Abgang von 198 gegenüber. Die meisten Mitglieder sind noch recht junge Leute und gehen noch recht viel auf die Reise. Einen besonders großen Raum im Geschäftsbericht nahm der Bericht über die Bewegung der Kleinmeistergesellen in Anspruch. Der Versuch der Innung, gegen ihre eigenen Mitglieder mit dem schärfsten Terror vorzugehen, ist von der Verbandsleitung in Gemeinschaft mit der Lohnkommission in guter Weise durchkreuzt worden. Frohlockend verkündete die Innung in der hiesigen Presse, daß die meisten Bewilligungen wieder zurückgezogen seien. Wie diese Herren sich aber selbst hinteres Licht geföhrt haben, scheinen sie noch nicht gemerkt zu haben. Der Berichterstatter legte dann den Mitgliedern dar, in welcher Weise die Maßnahmen der Innung zu schanden gemacht wurden, und daß bis heute trotz der großen Anwesenheit, die die Innung losgelassen, nicht ein einziger Arbeiter seine Bewilligung zurückgezogen habe. Der Arbeitsnachweis hat sich besonders gut entwickelt, und konnte festgestellt werden, daß an manchen Tagen der Verbandsarbeitsnachweis mehr Stellen vermittelt als der Innungsarbeitsnachweis. In Lohn wurde den vermittelten Gesellen gezahlt bei freier Station M 11 bis M 16, außer Kost und Logis M 2 bis M 30. Diese Löhne sind im Innungsarbeitsnachweis große Seltenheiten. An Zuschüssen wurden vermittelt 252 Tage à M 5 und 102 Tage à M 6 an insgesamt 127 Kollegen. Ferner hat diese Zahlen und dann die Behauptung der Innung, daß der Verband nur 40 Mitglieder zähle, dann kann sich jeder selbst sein Urteil fällen. Die Mitglieder gruppierten sich wie folgt: Kaffee- und Schokoladenfabriken 24, in Brotfabriken 27, in Kleinbäckereien 201, arbeitslos und krank 34 und außer Beruf 10 Mitglieder. Die Kassenabrechnung gestaltete sich in Einnahme mit M 9065,44 und im Ausgabe mit M 7311,55. An Unterstützungen wurden geleistet: An Arbeitslose M 1063,50, an Durchreisende M 57, an Kranke M 1258. Dem Vorstand wurde einstimmig Decharge erteilt und der Lohnkommission anheimgegeben, gegen die Maßnahmen der Innung die schärfste Gegenwehr zu ergreifen, damit die Herren vom Innungsvorstand den Forderungen der Organisation nicht auch noch ferner mit unläuterer Mitteln entgegenarbeiten.

Fabrikbrande.

Vortrag i. V. Am 20. Juli fand im Gasthaus „Zu den drei Königen“ unsere Halbjahresgeneralversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß am 14. Dezember ein Bestand von 23 Mitgliedern vorhanden war durch rege Agitation wurden 54 Neuaufnahmen gemacht, von andern Verbänden waren 6 Uebertritte zu verzeichnen, abgerechnet und gestrichen mußten 13 werden, so ergibt sich ein Bestand am 30. Juni von 70 Mitgliedern. Der Vortragende, Kollege Scheer, dankte allen denen, die mitgeschaffen haben, die Zahlstelle Vortrag auf diese Höhe zu bringen, und sprach den Wunsch aus, daß auch in Zukunft die Arbeit geachtet werden möge, zumal nun die „Christenheit“ auf dem Plan erschienen sind und versuchen wollen, zu erröten, was wir jetzt haben. Vorstandsvorträge fanden statt. Mitgliederberatungen sechs und öffentliche Versammlungen zwei statt. Bezirksleiter Gallinger sprach nach dem Bericht seine Freude über die Entwicklung an Ort aus; keine andere Zahlstelle des Bezirkes konnte diese Erfolge aufweisen. Er dankte allen denen, die dabei mitgewirkt haben. Mit den Christen ging er scharf ins Gericht und meinte, daß sie mit ihrem Arbeitersekretär Konrad die traurige Lage der bei Ewald Beschäftigten nicht erkennen und helfen können. Nachdem jetzt der Verband schwere Opfer an Geld und Mühe gebracht hat, verliere man auf jener Seite aber, im Trüben zu stehen. In nächster Zeit werde sich eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Christliche und freie Gewerkschaften“ befaßen. Den Kassenbericht, der vervielfältigt worden gab der Kassierer; er wurde ebenfalls vom Bezirksleiter geprüft. Eine unerhoffte Revision fand Kasse, Vaher und Vologe im besten Gynade. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Zu Punkt 3 erklärte Kollege Scheer, genötigt zu sein, von seinem Vornen als Vorstand zurückzutreten. Mitgliedsverhältnisse zwangen ihn dazu. Von der Wahl eines ersten Vorsitzenden wurde vorläufig Abstand genommen und werden die schriftlichen Arbeiten bis zur endgültigen Regelung der Bezirksleiter sowie der Ämter besorgen. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Sturt, als Kassierer Steinbiller, als Untersekretär Korbmann, als erster Schriftführer Hepler, als zweiter Schriftführer Baisensblager, als Beisitzer Kaser und Ernst und als Kartelldelegierte Steinbiller und Luchel gewählt. „Wünsche und Anträge“ wurden noch einige innere Angelegenheiten besprochen. Nachdem der Bezirksleiter sowie Scheer einen feierlichen Appell an die Mitglieder gerichtet hatten, schloß letzterer die Versammlung mit dem Wunsch, daß es der neuen Zeitung gelingen möge, weitere Erfolge für unsere Zahlstelle zu erringen und dankte dann noch den Teilnehmer Kollegen für ihr Erscheinen.

Aus Mitteleuropa.

Bäcker.

Der sächsische Bäckermeister-Verbandtag wählte zum Verbandsvorsitzenden Obermeister Kuntzsch. Ledden an Stelle von Heiner-Übernitz, der neben dem 15. Jahren dieses Amt bekleidete und wegen seines Alters von einer Wiederwahl Abstand nahm. Mit dem Personalwechsel wird jedoch kein anderer Geist im Verband einziehen. Kuntzsch ist uns bekannt als der Führer der gewerkschaftlichen Organisation in der Kollektivvertrag und des sechsunddreißigjährigen Kuchentages. Die Regelung der Lohn- und Ar-

beitsbedingungen, glaubt er durch freie Vereinbarungen der Innungen mit den Gesellenausschüssen oder den örtlichen Gesellenvereinen (den meistereigenen Bäckergehilfen) durchführen zu können. Diese gemeinsame Arbeit für die Interessen unseres Berufes sind das beste Mittel zur Förderung eines auf gegenseitigem Vertrauen basierenden geistlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen. So können wir lesen in Zeitungen, die von Kuntzsch dem Verbandsstag zur Annahme unterbreitet wurden.

Die Erkenntnis der sächsischen Gehilfenschaft von der Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation kann aber dem Unternehmerführer recht bald das Konzept gründlich verderben. Die Lohnkämpfe in den letzten Jahren sind Beweise dafür, daß sich die Gehilfen nicht mehr als geduldige Schafe behandeln lassen.

Journalistische Verdrängung.

Das Organ der Berliner Arbeitergewerkschaften veröffentlicht aus der Feder seines Redakteurs Dr. E. Kolbe ein Geschreibsel gegen die in unserer Zeitung erschienenen Leitartikel „Göttliche Weltordnung“ oder „teufelische Anordnung“. Daß dem Herrn unsere Darstellung nicht gefallen hat, war vorauszusehen. Statt einer sachlichen Widerlegung übt sich Kolbe im Schimpfen, wobei der Beweis erbracht wird, daß er dies aus dem ff versteht. Seine rückständigen Ansichten zeigt er damit auf das beste, und auch, daß er auf dem Gebiete der materialistischen Geschichtsauffassung ein großer Stümper ist. Darauf es dem Herrn Doktor ankommt, in zu greifen. Oder sollte der Satz: „Aber die Sache hat doch eine sehr ernste Seite und fordert zum Nachdenken und zur Stellungnahme aller derer auf, denen es nicht gleichgültig sein kann, wenn unsere jungen Leute, die Hoffnung der Zukunft, in einseitig verkehrt werden“, nichts anderes bedeuten als eine ganz gewöhnliche Verdrängung. Unsere Aufklärungsarbeit wird als Verhöhnung hingestellt. Wir wissen nur

Wie der Löwe das Wild frisst in der Heide, so fressen die Reichen die Armen. (Sirach, 13, 23)

zugut, daß die Unternehmer die in der Dummheit erhaltenen Arbeiter am liebsten beschäftigen. Ein aufgeklärter Mensch in den Ausbeutern ein Greuel, darum müssen auch die Schreiber ihrer Zeitungen sich für die Erhaltung der Dummheit bemühen.

Terror bei den Selben.

Von den Selben wird bei jeder ihnen passenden Gelegenheit die große Lüge von dem jeder Verdrängung spotenden Terrorismus in den sozialdemokratischen Betrieben verbreitet. Interessant sind nun die Geschäftspraktiken des Verbandes nationaler Arbeiter für Hamburg und Umgebung. Obwohl versichert wird, daß unenigeltliche Auskunfte in Arbeiter-, Invaliditäts-, Unfall- und Altersversicherung Angelegenheiten kostenfreie Rechtsauskunft und kostenfreie Arbeitsvermittlung erfolgt, müssen sich alle diejenigen Reichsgläubigen, welche bei den Selben Arbeit zugewiesen haben wollen, als Mitglied aufnehmen lassen. Der Not gebührend opfert mancher seine letzten Groschen, nur um Arbeit zu erhalten, obwohl er weit entfernt ist, mit den Selben etwas gemein zu haben. Die große Mehrzahl der auf diese Weise gewonnenen Mitglieder kehrt natürlich den Selben den Rücken, wenn sie Arbeit erhalten haben. Dann wird aber mit allen Mitteln gearbeitet, um die Verlorenen wieder zu den Selben zurückzuführen. Hier der Beweis durch ein uns übermitteltes Schreiben:

Ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 11. d. M. und bedauere, daß Sie, nachdem Sie unsere Revue unterzeichnet haben, sich ohne weiteres für den Eintritt zu einem auf anderer Grundlage stehenden Verband befehen konnten. Ein wenig Charakterfestigkeit Ihrerseits würde genügt haben, den Verbänden des Verbandes der Bäcker, Konditoren keine Folge zu leisten. Daß Sie es vorzogen, trotz Ihrer ehrenwörtlich abgegebenen Erklärung, unsern Verband den Rücken zu kehren und die Mitgliedschaft im Verbande der Bäcker zu erwerben, beweist zur Genüge, daß Sie für unsere Bewegung weder Interesse noch Verständnis besitzen. Ich bedaure daher, den weiteren Verkehr mit Ihnen abbrechen zu müssen und werde veranlassen, daß Ihr Name in unserer Mitgliederliste gestrichen wird. Hochachtungsvoll Ray Barnack.

Öffentlich hat der Herr Sekretär recht viel Arbeit mit dem Anfertigen solcher Briefe.

Fabrikbrande.

Die Schokoladenfabrikanten suchen nach „billigen Händen“. In der Tagespresse wurde kürzlich gemeldet, daß die Firma Sarotti L. G. Berlin, beschäftigte, in einem Eisenwerke eine Hochschmelze zu gründen. Daß an der Mel-dung etwas daran war, wurde einige Tage später dadurch bestätigt, daß es hier, die Angelegenheit befand sich noch im Stadium der Ermöglichung und bisher habe sich nur der Verhandlung mit ihr beschäftigt. Im Aufschubtrat sei sie noch nicht erörtert worden. Es hat auch den Anschein, als ob sich im Aufschubtrat Widerspruch gegen das Projekt geltend macht, und zwar wird darauf verwiesen, daß die Gesellschaft erst im vergangenen Jahre ihre neue Fabrik in Tempelhof errichtet habe, durch die sie finanziell stark im Anspruch genommen worden sei. Vergleichen die Errichtung einer Hochschmelze in der Gegend in beträchtlicher Hinsicht, nämlich durch niedrige Löhne und Frachten, von Vorteil für das Unternehmen sein könnte, hätte man es doch nicht für zweckmäßig, die Gesellschaft von wieder in finanzieller Hinsicht neu zu belasten. Der „Gordianer“ meldet dazu, daß in Aussicht genommen war ein Dorf Kumpel, das an der Nebenbahnstrecke Senggerode-Damm liegt. Die Firma Sarotti beschäftigte bei ihren Hochschmelzungen viele Mädchen, und da liegt der Gedanke nahe, in einer Gegend arbeiten zu lassen, wo diese Hände billiger sind als in Berlin. Das genannte Blatt

bemerkte dazu, daß es nicht ohne weiteres gegeben sei, ob die Differenz, die heute in bezug auf die Löhne herausgerechnet werden könne, für alle Zeiten als eine gewinnbringende Ersparnis zu buchen sein werde. Zwei Betriebe an zwei Orten arbeiten erheblich teurer, als wenn an einem Orte fabriziert wird. Und wenn dem heutigen Angebot an freien und billigeren Händen 1000 Hände oder mehr auf einmal genommen werden, dann wird ihr Wert sofort steigen!

Das meinen wir auch. Und im übrigen würden wir, wenn der Plan verwirklicht werden sollte, mit allem Eifer dahin streben, daß die billigen Hände recht bald ihren Wert erkennen lernen.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen.

Was ein Galen werden will, kommt nie bei Zeiten. Der auf dem Verbandstage zu Frankfurt a. M. ausgeschlossene Hans Mayerhofer ist nun bei den anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften glücklich gelandet. Am 16. Juli gab er bereits sein Debüt in einer von der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Föderalgehilfenversammlung. Zum Thema wählte er die Berichterstattung vom Verbandstage, und ein anderer Redner besprach die Vorteile des Lokalverbandes im Gegensatz zum Zentralverband. Wir haben keine Lust, auf die dort zum besten gegebenen wissenschaftlichen Unwahrheiten einzugehen. Die Charaktere der Redner werden hinlänglich gezeichnet durch die Erklärung, daß dem H. die Möglichkeit einer korrekten Berichterstattung genommen wurde. Die Berichterstattung brachte den Anarchos nicht die gemünzten Erfolge; bei großem Tumult mußte sie geschlossen werden. Die Münchner Kollegen werden sicher dem Selben Mayerhofer die gebührende Beachtung schenken und ihn mit seinen beträchtlichen Ideen allein im anarcho-syndikalischen Sumpf plätschern lassen. Gefallen an dieser Komödie kann höchstens das Unternehmertum haben, deren Organ auch in der Lage ist, einen recht ausführlichen Bericht zu veröffentlichen. Kommt das von ungefähr, oder übt sich hier Monsieur Mayerhofer in der Rolle als Jubalster? Erachtet er die günstige Gelegenheit gekommen, um die Gehilfen wie eine feile Birne an die Unternehmer verkaufen zu können? Wie er dann allerdings kurz zuvor bei dem österreichischen Verband um die Aufnahme nachsuchen konnte und zur Begründung anführte: „Meine Organisation ist mein Ideal; in mir herrscht nur der Geist eines ehrlich überzeugten Sozialisten und Gewerkschaftlers, meinen Kollegen als Berater und Berater zur Seite zu stehen, um ihnen von dem Los der Lohnflaven zu freien Menschen zu verhelfen.“ das ist nicht zu verstehen. Es weiß doch ein jeder, daß die Anarchos mit dem Sozialismus nichts gemein haben. Aber recht häufig finden solche bei der Polizei als Spindel Verwendung.

Nach einem neueren Bericht der Innungszeitung fand am 22. Juli nochmals eine Versammlung der „neuen Richtung“ statt. Hier hielt der Anarchoführer einen Vortrag über Zweck und Ziel des neuen Verbandes. Die Münchner Kollegen haben aber die im Interesse der Unternehmer eingeforderte Komodie durchschaut und sie liegen den ganzen Geist ziemlich offen auf weiter Flur. Von der beschlossenen Gründung mußte daher Abstand genommen werden. Es soll nochmals eine Versammlung stattfinden. Hoffentlich wird die Innungszeitung durch ihre gute Verbindung wieder in der Lage sein, ausführlich darüber berichten zu können. Sie hat doch ein großes Interesse, wenn die Ver-spottung zum Schaden der Gesamtsolidarität perpekt wird.

Die neuen „Götze“. Im letzten Blättchen des Gewerkschafts der Bäcker und Konditoren wird unsere Darstellung über die Entwicklung der „Götze“ im Jahre 1912 beschrieben, weil wir auf Grund der Mitgliederbewegung zu dem Ergebnis gelangten, daß die Gewerkschaften dem Kreisgang gehen. Statt uns aber das Gegenteil zu beweisen und die Jahresabrechnung zu veröffentlichen, reißt sich das Blättchen an der Konfession der Gewerkschaftsbäcker. Die wenigen Mitglieder werden darauf vorbereitet: „Wenn der Verbandsvorstand kein demographisches Postulat herausgeben sollte, da man die Öffentlichkeit scheut, so werden wir die „Götze“ von unseren Freunden, Innungsmitgliedern des Verbandes und zum Teile demokratischen Gewerkschaftskollegen, einen wahrheitsgemessenen Bericht von der Verfassung des Gewerkschaftsstatus bringen.“ Mit dieser Sensationsaufmachung hoffen die Strategen auf eine rapide Zunahme von Mitgliedern. Da werden sie sich aber gründlich verrechnen. Die Ohnmacht der „Götze“ kommt noch viel früher zum Ausdruck, wenn wir den Redaktionsbescheid der Anarchoguidenblätter, der in der gleichen Nummer veröffentlicht wird, uns näher betrachten. In diese Kategorie zählen 13 Mitglieder. In vier Personen wurden M 200 Unverzüglich ausbezahlt. Das Vermögen beträgt M 200. Wir verheben uns auch, warum der Kassenbericht der Organisation nicht veröffentlicht wird, und begreifen den Schmerz der Götze, daß wir über diese Kategorie berichten haben.

Sozialpolitisches.

Der Mann von 50 Jahren. Die neue Entwicklung unseres Wirtschaftens erfolgt fortgesetzt in der Richtung, daß die Arbeitskraft immer mehr zur Ware wird und sich selbst vom Familienverbande. In alter Zeit lebte der junge gewerbliche Arbeiter und handwerkliche Angestellte im Hause des Arbeitgebers; wurde er überlassen er sich „hervorzubringen“. Der Beamte erhielt Lohn und Wohnung. Die neue Zeit schuf das Meer von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die ohne Rücksicht auf ihren Familienstand gleiche Löhne erhalten und darum natürlich lediglich nach ihrer persönlichen Brauchbarkeit und Leistungsfähigkeit bewertet werden. Der Familienverband und der ältere Mann, die früher in ihren Angehörigen oder ihren jungen Gehilfen eine Stütze hatten, stehen jetzt verlassen da. Sie sollen mit ihren Kindern konkurrieren, da entweder mehr können oder weniger brauchen oder bei denen beides der Fall ist. Dabei harmonieren sie

unter dem Schutze. Der kapitalistische Betrieb kann keine Rücksicht nehmen. Wer den sich immer mehr steigenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden kann, wird entlassen oder muß sich mit untergeordneter Beschäftigung und Bezahlung begnügen.

Im wesentlichen steht der Fünftägiger am Scheideweg. Entweder ist er — was immer seltener wird — selbständiger Gewerbetreibender geworden, oder er ist Angestellter in vorgerückter Position — oder er muß zurücktreten. Ein Drittes — nach wie vor in Reich und Glied zu finden — wird immer mehr zur Ausnahme, wenn es sich um körperliche Arbeiten handelt. Diese Beobachtungen des täglichen Lebens werden auch durch die Statistik bestätigt.

Die verschiedenen Gewerkschaften hatten die Befugnis erhalten, im Jahre 1912 das Alter der männlichen Arbeiter in den wichtigsten Gewerbebetrieben festzustellen. Das Ergebnis dieser Erhebungen liegt jetzt in den Berichten dieser Institute auf das Jahr 1912 vor. Leider fehlt dem zutage gefördernten Material die Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit. Die einzelnen Gewerkschaften haben die Altersgrenzen verschieden zusammengefaßt und die amtliche Ausgabe der Berichte verzichtet auf eine Zusammenfassung der gewonnenen Zahlen. Unterzieht man sich der Mühe, wenigstens die vergleichbaren Zahlen zusammenzusetzen und einen Durchschnitt zu finden, so ergibt sich folgendes. Von den erwähnten männlichen Arbeitern fanden im

Table with 2 columns: Age group (e.g., 16 bis 21 Lebensjahre) and Percentage (e.g., 16,0 pSt).

Von 13,6 pSt. der in den gewerblichen Betrieben tätigen Personen waren über 50 Jahre alt. Auch der Altersdurchschnitt vom Jahre 1910 befanden sich von der männlichen Bevölkerung im Alter von 18 bis 70 Jahren 14,2 pSt. im 51. bis 60. und 8,1 pSt. im Alter von über 60 Jahren. Man sieht hieraus, welche hohe Prozentzahl der über 50 Jahre alten Personen überhaupt aus der gewerblichen Bevölkerung ist.

Von einzelnen sich obige Zahlen auf alle Gewerkschaften und auf alle Berufsgruppen. In den Großstädten und in den Zentren, die schwere körperliche Arbeit erfordern, sind die Ergebnisse der Statistik noch viel ungünstiger. In Berlin befanden sich nur 7,5 pSt. der Arbeiter im Alter von 51 bis 60 Jahren und nur 2,6 pSt. im Alter von über 60 Jahren. In Breslau waren es nur 8,6 beziehungsweise 3,4 pSt. Weiter das Alter der Arbeiter in den verschiedenen Betriebszweigen gibt der Bericht vom Völkerverkehr interessante Aufschlüsse. Danach befanden sich nur der gewerblichen Arbeiter der Gesamtbevölkerung nur 4,7 pSt. im Alter von 51 bis 60 und nur 1,0 pSt. im Alter von über 60 Jahren. Im Bezirk Ostpreußen waren von der Gesamtbevölkerung 4,4 pSt. im Alter von 51 bis 60 und 0,4 pSt. im Alter von über 60 Jahren. Auf dem Schiffsbau des Schlesiens waren 6,4 pSt. der Arbeiter 51 bis 60 und 2,9 pSt. über 60 Jahre alt. In der Gemischtwarenhandlung befanden sich 5,3 pSt. der Arbeiter im Alter von 51 bis 60 und nur 1,0 pSt. im Alter von über 60 Jahren.

Auch die Arbeiter, die mit kleineren Stoffen zu tun haben, werden häufiger mit dem Altersleiden auf. In ähnlicher Hinsicht der Bezirk Posen waren nur 2,6 pSt. der Arbeiter im Alter von 51 bis 60 und nur 0,8 pSt. im Alter von über 60 Jahren.

Welche ungeheuren Verluste der Volkswirtschaft durch vorzeitiges Ausscheiden der Volkswirtschaft des „alten Mannes“ erwachsen, braucht man sich nicht vorstellen zu müssen. Das Alter, die nach einer arbeitsreichen Lebensdauer befreit, hat oft einen hohen Wert, den die Volkswirtschaft verliert. Wenn dieser Wert höher ist, desto höher ist der Wert der Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft ist ein Organismus, der sich durch die Arbeit der Volkswirtschaft erhält. Die Volkswirtschaft ist ein Organismus, der sich durch die Arbeit der Volkswirtschaft erhält. Die Volkswirtschaft ist ein Organismus, der sich durch die Arbeit der Volkswirtschaft erhält.

Abgrenzungsbefugnisse zur Arbeitslosenversicherung. Der Reichstag hat am 20. Juni 1913 das Gesetz über die Abgrenzungsbefugnisse zur Arbeitslosenversicherung beschlossen. Das Gesetz ist am 1. Juli 1913 in Kraft getreten.

- 1. Die verschiedenen allgemeinen Unfallversicherungen... 2. Das Versicherungsamt... 3. Die verschiedenen Unfallversicherungen... 4. Die verschiedenen Unfallversicherungen... 5. Die verschiedenen Unfallversicherungen...

I. Soweit bei neu errichteten allgemeinen Unfallversicherungen die Vertreter im Ausschuss oder die Mitglieder oder der Vorsitzende des Vorstandes am 1. Oktober 1913 noch nicht gewählt sind, nimmt das Versicherungsamt ihre Geschäfte selbst oder durch Bevollmächtigte bis zum Zustandekommen der Wahl wahr.

2. Verträge, die das Versicherungsamt oder seine Bevollmächtigten für diese Klassen mit deren Angestellten sowie mit Ärzten, Zahnärzten und -techniken, Krankenhäusern, Apotheken und dergleichen abgeschlossen, kann der gewählte Vorstand, sofern der Vertrag keinen früheren Termin vorsieht, mit dreimonatiger Frist zum 1. Oktober 1914 kündigen. Für späteren Kündigungstermin soll nur im Notfall vereinbart werden; seine Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamtes.

3. Der Streit zwischen den Klassenorganen und dem Versicherungsamt oder seinen Bevollmächtigten über diese Geschäfte entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.

4. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähere bestimmen.

III. 1. Alle aus der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen entstehenden Kosten trägt die Krankenkasse. 2. Der Streit legt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kosten endgültig fest.

(13) Gegen den Selbstmord. In Österreich besteht seit 1896 der gesetzliche Erfindungsschutz für Fabrikanten. Aber auch diese „Hochschuttschutz“ wird durch eine sehr sorgfältige Überwachung von Heberstunden ständig überwacht. In fast allen europäischen Ländern ist inzwischen die Maximalarbeitszeit — wenigstens für Arbeiterinnen — durch Gesetz auf zehn Stunden, zum Teil noch weniger, festgelegt worden. Auch in Österreich haben die sozialdemokratischen Abgeordneten alljährlich Anträge auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für alle Erwerbstätigen erhoben. Auch vor einiger Wochen wurde im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages über einen derartigen Antrag verhandelt, und wieder stimmten ihm die Parteien der Mehrheit wieder, darunter auch die Christlichsozialen, die wichtigste Vertretung der christlichen Gewerkschaften in Österreich.

Internationales Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Für die Internationale Vereinigung der Bäcker und Konditoren gingen folgende Beiträge ein: Lebens- und Gesundheitsarbeiterverband Schweiz für 1912 (200 Mitglieder) M. 50. Die früher quittierten M. 60 waren Streikbeitrag für Schweden, Lebensmittelarbeiterverband Ungarn für 1911 M. 50,38; für 1912 M. 117,20; für 1913 M. 50,20.

Das Internationale Sekretariat. O. Ahmann.

Gewerkschaftliche Aufgaben.

Im Streit der Hamburger Metallarbeiter. Nachdem die Verwaltungsjahre der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen hat, am 24. Juli die erste Streikunterstützung auszusprechen, haben sich die übrigen Verwaltungsjahre ebenfalls mit der Frage der Unterstützung beschäftigt. Die Aufgabe der Verwaltungsjahre, in der der Arbeiter, Transportarbeiter und Jobstärker u. a. zahlen ebenfalls bereits am 24. Juli die erste Unterstützung aus lokalen Mitteln. Die meisten Verwaltungsjahre haben auch wie die Metallarbeiter eine Unterstützung beschlossen. Ferner wird gemeldet, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes für den 8. und 9. August eine außerordentliche Versammlung nach Berlin in das Gewerkschaftshaus einberufen hat. Der Verbandstag wird einer Besprechung des Berliner Streiks.

(14) Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht eine provisorische Uebersicht über die Entwicklung der angeschlossenen Gewerkschaften im letzten Jahre. Danach sind deren Mitgliederzahl von 2.400.018 auf 2.558.781. Die Zahl der Verbände aber sank durch die Verschmelzungen von 51 auf 48. Auf die einzelnen Industriezweige verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

Table with 3 columns: Industry (e.g., Bergbau), 1912, 1913. Total: 2.400.018 / 2.558.781.

(15) Von den österreichischen Gewerkschaften. Im letzten erschienenen Jahresbericht 1912 der Gewerkschaftskommissionen Österreichs verzeichnet man Genehmigung einer Auffassung der angeschlossenen Organisationen von 221.985

auf 428.368 Mitglieder, darunter 50.416 weibliche. Die Zunahme scheint gering, doch muß dabei die Passivität berücksichtigt werden und ferner, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung in Österreich seit ein paar Jahren eine schwere innere Krise durchgemacht hat. In Österreich alles zerfallende Nationalismus hat auch die Gewerkschaft nicht verschont. Besonders von tschechischer Seite sind alle Anstrengungen gemacht worden, autonome tschechische Gewerkschaften zu gründen, und zu diesem Zweck hat man nicht davor zurückgeschreckt, mit Hilfe nationaler Vorurteile die Zersplitterung in alle internationalen oder Zentralverbände Österreichs zu tragen. Dieser Arbeiterkampf hat natürlich auf die gesamte Arbeiterbewegung ungesunden lähmenden gewirkt. Trotzdem gehören dem österreichischen Zentralverbanden neben rund 322.000 Deutschen auch 70.000 tschechische, 20.000 polnische, 9.000 italienische, 8.000 slowenische und 1.000 ruthenische Mitglieder an. Wenn man nun dazu in Betracht zieht, daß die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften, die von 1902 bis 1910 dauernd zurückging, jetzt wieder regelmäßig steigt, so darf man wohl annehmen, daß sie die nationalistische Bewegung überwinden haben. Es wird dann nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die durch die separatistischen Gedankengänge irreführenden tschechischen Arbeiter sich wieder in der gemeinsamen Organisation mit ihren Kollegen der anderen Landesbrüder zusammenschließen werden.

Der Landeszentrale sind 54 Zentralverbände mit 4220 Ortsgruppen sowie 23 Sozialvereine angeschlossen. Die Gesamteinnahme dieser Gewerkschaften betrug im letzten Jahre 9.989.000 Kr., die Ausgabe 9.171.000 Kr., der Kassenbestand 5.770.000 Kr., ohne den Solidaritätsfonds der Landeszentrale. In Unterhaltungen wurden aufgewendet: 222.972 Kr. Reiseunterstützung, 1.403.083 Kr. Arbeitslosenunterstützung, 987.140 Kr. Krankenunterstützung, 329.978 Kr. Kronen Invalidenunterstützung, 258.952 Kr. Sterbegeld und 523.893 Kr. Notfallunterstützung. Ferner wurden für Rechtschutz 169.314 Kr., für die Fachorgane 1.208.849 Kr., für Bildungszwecke 251.311 Kr., für Agitation und Organisation 1.084.505 Kr., für persönliche Verwaltungskosten 932.170 Kr. und für Vertriebszwecke 982.386 Kr. ausgegeben. Den höchsten Vermögensbestand pro Kopf weisen die Metallarbeiter auf mit 308 Kr., dann folgen die Streckenarbeiter mit 251 Kr. usw. Die Einnahmen pro Kopf berechnet schwanken zwischen 99,64 Kr. bei den Buchdruckern und 15,25 Kr. bei den Textilarbeitern. Einige Gewerkschaften hatten noch eine niedrigere Jahreseinnahme. Die Zahl der Fachblätter beträgt 117, davon 53 in deutscher, 34 in tschechischer, 12 in polnischer, 9 in italienischer, 8 in slowenischer, 2 in ruthenischer und 1 in jiddischer Sprache. 17 Blätter erscheinen wöchentlich, 15 zweimonatlich, 7 dreimal, 47 zweimal und 31 einmal monatlich. Die Gesamtauflage beträgt allmonatlich 489.370 Exemplare.

Die separatistischen tschechischen Gewerkschaften zählten nach ihren eigenen Angaben rund 100.000 Mitglieder.

Allgemeine Rundschau.

Boycott über die Jichorien- und Kaffeesurrogate. In der Fabrik J. G. Weiß in Frauendorf bei Zettin. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gibt bekannt, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter obengenannter Firma seit elf Wochen im Streik stehen, um eine fünf bis zehnprozentige Lohnerhöhung und eine geregelte Arbeitszeit zu erlangen. Die Firma weigert sich, die Löhne, die teilweise für erwachsene männliche Arbeiter pro Stunde 29 und 30 s., für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter pro Tag M. 1,35 betragen, zu erhöhen. Die Firma lehnt bis jetzt jedes Zugeständnis ab. Daß nur Böswilligkeit, nicht etwa irgendwelche Konkurrenzrücksichten die Firma leitet, diese minimalen Forderungen abzulehnen, beweist, daß sie den Arbeitswilligen, höchst unzufriedenen und zweifelhaften Personen, 8 bis 6 s. pro Stunde mehr zahlt, als die Streikenden fordern. Auch das traurige Vorkommen, daß der Arbeitswillige Brandenburg, den streikenden Arbeiter kühl ohne jeden Grund niederstieß, hat die Firma nicht von ihrem halbhartigen Standpunkt abbringen können.

Die Behauptung der Firma, die Organisation wolle die Firma auf die Knie niederzwingen, ist unrichtig. Der Gegenbeweis ist dadurch erbracht, daß die Verbandsleitung, schon ehe es zum Streik kam, darauf verzichtete, bei den Verhandlungen mit zugegen zu sein. Und noch während des Streiks hatte die Firma von neuem Gelegenheit, mit den Arbeitern zu verhandeln. Doch sie verlangte bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Das wollten die Arbeiter ablehnen.

Das Gewerkschaftsamt Zettin und die gewerkschaftlichen Instanzen haben deshalb beschlossen, den Boykott über die Produkte der Firma zu verhängen. Die streikenden Arbeiter richten nur an die organisierten Arbeiter Deutschlands den Appell, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen: die Jichorien- und Kaffeesurrogate der Firma J. G. Weiß-Frauendorf solange zu boykottieren, bis sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkennt. Zu boykottieren sind: alle Bäckerei, Kaffeesurrogate und Jichorien, die die Firma J. G. Weiß tragen, ganz gleich, welche Farbe die Verpackung trägt. Hauptlager hat die Firma in Bromberg, Danzig, Tilsit, Königsberg, u. a. In Preußen und Sudenten in der Provinz Brandenburg. Außerdem liefert die Firma an eine Anzahl Großgeschäfte in Berlin, Jena, Kiel, Gießen usw. Ferner werden bestimmte Marken von einzelnen Firmen vertrieben und diese von der Firma Weiß hergestellt. Marken, die in allen größeren Städten und Orten der Provinzen Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg und Schleswig-Holstein Absatz finden, sind natürlich in den Boykott einzubeziehen. Es handelt sich um folgende Marken: Soralasse in blauer Verpackung, Soralasse in grüner Verpackung, Soralasse in blauer Verpackung und Kaffeesurrogate und Jichorien in grüner, roter und gelber Verpackung. Viele Geschäfte verweisen außerdem die Weißschen Produkte, die die Firma J. G. Weiß tragen und daher ohne weiteres erkennlich sind. Der Fabrikarbeiterverband ersucht also, alle diese Fabrikate zu boykottieren.

Die gelben feindlichen Brüder. Für eine Trennung der Berliner von der Wiener Richtung tritt das Organ der Berliner gelben Arbeitervereine, „Der Bund“, nach dem Auf-

Für die Arbeiterinnen.

Witwenpflichten gehen den Dienstherrn vor. Zu diesem vernünftigen Grundsatze bekannte sich das Gewerbegericht in Frankfurt a. M. Ein Dienstmädchen, das in einem gewerblichen Betriebe beschäftigt war, hatte um einen freien Nachmittag gebeten, um ihr Kind von einer Pflegerin in die andere zu bringen. Dies mußte an einem bestimmten Tage eiligst geschehen, da die bisherigen Pflegerin den Wohnort verließen. Dem Mädchen wurde der Urlaub wegen eiliger Arbeiten verweigert, für den andern Tag wurde ihm dagegen ein freier Nachmittag in Aussicht gestellt. Das Mädchen erachtete die Sorge für das Kind für wichtiger als die Dienstarbeit und ging ohne Einwilligung ihrer Dienstherrin fort. Die Folge war die Entlassung. Der Klage des Mädchens auf Fortzahlung des Lohnes in Höhe von M. 49 für die Kündigungszeit wurde die Einrede entgegengehalten, daß die Entlassung wegen Arbeitsverweigerung und unbefugten Verlassens der Arbeit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung berechtigt gewesen sei. Das Gericht beurteilte indessen die Dienstherrin zur Zahlung des Lohnes. In der Begründung des Urteils heißt es: „Die Beklagte habe nicht bestritten können, daß sich die Klägerin aus dem Grund entfernte, um ihr Kind in andere Pflege zu bringen. Diese Fürsorge mußte, weil sie unaufschiebbar war, vorgehen. Die unerlaubte Entfernung aus dem Dienst konnte somit nicht als Arbeitsverweigerung aufgefaßt werden. Die Beklagte mußte, daß die Klägerin ein Kind hatte, und mußte mit solchen Arbeitsunterbrechungen rechnen.“

Weibliche Handwerker in Deutschland. In früheren Zeiten, im Mittelalter, gab es viel weibliche Handwerker. Durch die großhospitalistische Entwicklung verschwanden sie allmählich. Doch in neuerer Zeit, mit dem Hereinströmen der Frau in alle Berufe, wächst auch die Zahl der weiblichen Handwerker, vorläufig allerdings noch die Zahl der weiblichen Handwerkslehrlinge weit mehr als die der weiblichen Meister.

Spätestens am 2. August ist der 32. Wochenbeitrag für 1913 (3. bis 9. August) fällig.

Am 1. April 1913 wurden in allen Handwerkskammern in Deutschland bereits 18700 weibliche Lehrlinge gezählt, die einen ganz regelmäßigen Bildungsgang wie die angehenden männlichen Handwerker durchmachen. Die Anzahl der Meisterinnen ist im Verhältnis zur Zahl der Lehrlinge und weiblichen Gesellen noch gering. In allen Handwerkskammerbezirken gab es 2120 weibliche Handwerksmeister, so daß auf eine Meisterin drei Gesellen und neun weibliche Lehrlinge kommen. Die Gesamtzahl der Frauen mit einer regelmäßigen Handwerksausbildung beträgt 27000. In den Meisterprüfungskommissionen sind 665 Frauen vertreten. Es befinden sich also in den Meisterprüfungskommissionen rund 35 pgt. aller vorhandenen weiblichen Meister. Erfahrungen bestätigen, daß die Frauen sich als Handwerker sehr gut bewähren. So urteilt das Organ der deutschen Mittelstandsvereinnigung.

Auch die Organisation des weiblichen Handwerks in Deutschland hat bereits große Fortschritte gemacht; denn es gab am 1. April des Jahres 63 Fachvereine weiblicher Handwerker, welche die Interessen der weiblichen Handwerker nach außen hin vertreten.

(IS) Frauen und passive Resistenz. Unter den vielen Ausnahmefällen, welche in Südafrika gegen die farbige Bevölkerung bestehen, ist besonders eines gefaßt, welches allen farbigen und eingeborenen weiblichen Personen im Orange-Freistaat dorischreibt, stets einen Paß bei sich zu tragen. Auf Grund dieses Gesetzes sind schon unzählige Frauen und Mädchen verhaftet, bestraft und, wie die Presse dieser Bevölkerungskreise behauptet, von den Beamten mißbraucht worden. In zahlreichen Orten haben die Frauen überfüllte Versammlungen abgehalten und beschloßen, passive Resistenz anzuwenden, um dem schiefen unerträglichen Zustande ein Ende zu machen. Sie wollen das Tragen der Pässe allgemein verweigern.

Weibliche Mitglieder in gegnerischen Organisationen.

Weibliche Mitglieder sind außer in den freien Gewerkschaften auch in den übrigen Organisationen mit gewerkschaftlichem Charakter vorhanden, doch reichen ihre Mitgliederzahlen nicht an die der freien Gewerkschaften heran. Die bedeutendsten sowohl an Zahl wie auch an Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiete sind neben den freien die christlichen Gewerkschaften.

Ihre Gründung fällt in eine viel spätere Zeit als die der freien Gewerkschaften und erfolgte zum erheblichen Teil nicht, um den christlichen Arbeitern eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu schaffen, sondern um zu verhindern, daß sich auch die Arbeiter in den Gegenden, in denen die Kirche noch großen Einfluß besitzt, den freien Gewerkschaften anschließen. Gleichzeitig hoffte man, durch die christlichen Gewerkschaften die politische Organisation der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, erfolgreich zu bekämpfen. Es ist bezeichnend und ein Beweis für diese Auffassung, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften sofort erfolgte, als die freien Gewerkschaften Anfang der neunziger Jahre Beweise dafür erbrachten, daß sie bei der Festschaffung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wichtiger Faktor sein können.

Die christlichen Gewerkschaften haben denn auch außer in Süddeutschland und den Rheinlanden kaum in andern Gegenden festen Fuß fassen können. Im Durchschnitt des Jahres 1911 zählten sie 27 162 weibliche Mitglieder in 14 Verbänden, und zwar: Organisation der württembergischen Eisenbahner 23, Gärtner 3, Frankfurter Zentralverband 216, Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen 6999, Holzarbeiter 189, Keramarbeiter 84,

Frontenpflieger 508, Lederarbeiter 450, Metallarbeiter 784, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 187, Schneider 286, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 504, Tabakarbeiter 3395, Textilarbeiter 18544.

Nur der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen ist eine selbständige Arbeiterinnenorganisation. Die übrigen weiblichen Mitglieder gehören in ähnlicher Weise wie bei den freien Gewerkschaften den Berufsverbänden als Mitglieder an. Ursprünglich war auch für diese die Form besonderer Arbeiterinnenvereine gedacht, die aber unter männlicher Leitung standen, doch hat sich diese Organisationsform nicht bewährt.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen wird fast ausschließlich von außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Frauen geleitet. In diesem Jahre hielt der Gewerbeverein seine Generalversammlung ab, auf der die Verherrlichung von Mitgliedern des deutschen Kaiserhauses einen großen Teil der Zeit in Anspruch nahm. Die Teilnehmerzahl der Versammlungsteilnehmer waren Ehrengäste, während sich die wenigen Arbeiterinnen als Delegierte mit einem kleinen Raum im Hintergrunde des Saales begnügen mußten. Von wirklicher Interessenvertretung der Arbeiterinnen im Gewerbeverein kann also nur sehr bedingt die Rede sein. Zwar beteiligt sich der Verein auch gelegentlich an Lohnbewegungen, doch tragen seine übrigen Leistungen an die Mitglieder mehr den Charakter der Wohltätigkeit als der durch Solidarität geschaffenen Selbsthilfe. Daß der Gewerbeverein sich größter Sympathie in Regierungskreisen erfreut, braucht wohl besonders nicht bemerkt zu werden.

Als christliche Gewerkschaften werden oftmals auch die Vereinnigungen angesehen, die sich innerhalb der katholischen Arbeitervereine zur Zusammenfassung der Angehörigen der einzelnen Berufe gebildet haben, die katholischen Fachabteilungen. Auch für Arbeiterinnen bestehen derartige Vereinnigungen. Sie können aber als Gewerkschaften nicht gelten, weil ihr Zweck nicht die Erlämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, sondern die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daneben haben die Fachabteilungen sich wiederholt als Streikbrecherbemittler angeboten. Die katholischen Fachabteilungen werden von Geistlichen geleitet. Als Mitglieder werden nicht nur Arbeiterinnen aufgenommen, so daß die Mitgliederzahl keinen Aufweis über die Stärke der Organisation gibt. Fachabteilungen sowohl wie die christlichen Gewerkschaften gehen für Arbeiterinnen besondere Zeitungen heraus, deren Inhalt nicht der gewerkschaftlichen Erziehung, sondern in erster Linie der Bekämpfung der Sozialdemokratie gewidmet ist. Trotzdem oder gerade deswegen werden beide Organisationsrichtungen von der Regierung nicht als politische Vereine betrachtet, sondern genießen deren vollste Sympathie.

Im Verlaufe der deutschen Gewerbevereine (Kirch-Dundersche) wird zum ersten Male über die Zahl weiblicher Mitglieder im Jahre 1903 berichtet. Damals zählten sieben Verbände insgesamt 2817 weibliche Mitglieder. 1910 betrug die Zahl 6097. Sie verteilt sich auf folgende Verbände: Maschinenbauer und Metallarbeiter 172, Fabrik- und Handarbeiter 508, Textilarbeiter 2615, Schuhmacher und Lederarbeiter 410, Schneider 425, Graphische Berufe und Maler 8, Zigarren- und Tabakarbeiter 820, Töpfer und Ziegler 9, Bauhandwerker 55, Holzarbeiter 25, Frauen- und Mädchenvereine 750.

Auch innerhalb der Kirch-Dunderschen Gewerbevereine besteht neben den gemischten Verbänden eine besondere Frauenorganisation: der Gewerbeverein der Frauen und Mädchen, der zu zwei Dritteln aus Heimarbeiterrinnen und zu einem Drittel aus Gewerbevereinerinnen sich zusammensetzt. Die weiblichen Mitglieder in den Kirch-Dunderschen Gewerbevereinen stellen somit absolut wie auch im Vergleich zur Gesamtmitgliederzahl nur ein geringes Kontingent gegenüber den christlichen und freien Gewerkschaften. Der Einfluß dieser Gewerkschaftsgruppe auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist ein sehr geringer. Im übrigen geisteten die hier üblichen geringen Beitragseinzahlungen auch nicht wirkungsvolle Unterstützungseinrichtungen zu schaffen. Auch für die weiblichen Mitglieder der Kirch-Dunderschen Gewerbevereine besteht ein besonderes Arbeiterinnenblatt.

Neben diesen Organisationen erwerbstätiger Frauen und Mädchen ist als Vereinigung von erheblichem Einfluß der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte zu nennen. 1889 als „Kaufmännischer und gewerblicher Hilfsverein für weibliche Angestellte“ in Berlin gegründet, der zunächst fast ausschließlich wohltätige Zwecke verfolgte, hat er durch Aenderung seiner Statuten 1905 auch gewerkschaftliche Aufgaben übernommen, nachdem er 1902 beschloßen hatte, seinen Wirkungskreis über ganz Deutschland auszuweiten. Der Verband zählte 1911 insgesamt 3217 Mitglieder. Seine gewerkschaftlichen Aufgaben besteht er durch Eingaben an den Reichstag und die Unternehmer und durch Vorstellungsverhandlungen bei den Reichskammern, also nicht durch gewerkschaftliche Kampfmittel zu erfüllen. Zweifelloß hat der Verband, namentlich durch seine Stellenvermittlung und Unterstützungseinrichtungen wertvolles geleistet. Es kam ihm dabei auch die soziale Gesetzgebung zu Hilfe. Bis zum Jahre 1904 waren die kaufmännischen Angestellten nicht Krankenversicherungspflichtig. Die freie Hilfskasse, die der kaufmännische Verband errichtete, füllte für seine Mitglieder diese Lücke in der sozialen Gesetzgebung aus und bildete somit ein gutes Agitationsmittel. Von 1904 ab befreit die Jugendpflicht zur Hilfskasse des Verbandes von der seit dieser Zeit eingeführten gesetzlichen Krankenversicherung, zu der die Unternehmer ein Drittel der Beiträge leisten müssen. Um diese zu sparen, beantragten viele Geschäftsinhaber ihre weiblichen Angestellten, der Hilfskasse und damit auch dem Verbande beizutreten. Außerdem glaubt eine Anzahl der Unternehmer durch Förderung des Verbandes den Beitritt der Angestellten zu den freien Gewerkschaften des Handels- und Gewerbe- und der Bureauangestellten verhindern zu können.

Wenig wesentlich an Sympathie eingebüßt hat der kaufmännische Verband durch sein Verhalten bei den Vertreterwahlen zur Privatangestelltenversicherung. Er lehnte das Zusammengehen mit den Organisationen ab, die die Gliederbereinigung des weiblichen Geschlechts in Theorie und Praxis vertreten, und machte gemeinsame Sache mit

burger Bundestag ein. Der „Bund“ erklärt, daß die Anwendung der Berliner Vereine nahe bevorstehe. In einem Artikel dieses Blattes wird zunächst darüber gesprochen: „Die Trennung der Werkvereine der Berliner Richtung vom „Bund deutscher Werkvereine“, über die die einzelnen angeschlossenen Vereine demnach in ihrer Generalversammlungen Beschluß fassen werden, wird daher nicht... eine „gelbe Katastrophe“ oder eine „Schwächung der ganzen gelben Bewegung“ bedeuten, sondern diese notwendige Trennung der freien Arbeitervereine von der politisch gerichteten und von Werkbeamten beherrschten reichsdeutschen Richtung wird für die Werkvereinsbewegung eine erfreuliche Gesundung und damit eine wesentliche Stärkung nach innen und nach außen zur Folge haben.“

In der neuesten Nummer des „Bund“ (vom 20. Juli) wehrt sich die Firma Herr und Frau Lebus, Nathansohn & Co. gegen den von den westdeutschen Werkvereinen erhobenen Verdacht, daß der Berliner Antrag, kein Werkvereinsmitglied darf wegen seiner Abstammung bei politischen Wahlen Nachteile in bezug auf seine Verbandsrechte erleiden, nur deshalb gestellt worden sei, weil die Berliner Werkvereine eine klare und entschiedene Stellung gegenüber der Sozialdemokratie nicht einnehmen wollen. Der „Bund“ stellt nur die Berliner Gelben als forsche Kerle im Kampf gegen die Sozialdemokratie hin. Er erklärt, der Berliner Antrag sei deswegen gestellt worden, weil in diesen Werkvereinsmitgliedern wegen ihrer politischen Abstammung für das Zentrum ausgeschlossen worden seien. In Westdeutschland habe man auf die Andersdenkenden durch Ausschlussdrohung einen Zwang ausgeübt, der entschieden verurteilt werden müsse und der diese Leute entweder von der Werkvereinsbewegung abstoße oder zur Deutlichkeit zwingt. Die Berliner Werkvereine wollen weiter unter den sozialdemokratischen Mitläufern, indem sie ihnen die Verletzlichkeit der sozialdemokratischen Lehren zeigen und sie so allmählich durch Anleitung zum selbständigen Nachdenken zu einem richtigen Verständnis vom Wesen des Gegenwartsstaates erziehen. „Dort Zwang, hier Bildung und Erziehung.“ So ruft pathetisch der „Bund“. Das sei in Kürze der Gegensatz zwischen Essen und Berlin in bezug auf die Stellungnahme zur Politik.

Die Essener werden hoffentlich nicht veräumen, den Berlinern nachzuweisen, wie sie durch Zwang ihre Mitglieder gewinnen. Für uns entbehrt dieser gelbe Streit nicht des kuriosen Beigeschmacks. Die täglich über den Terrorismus der freien Gewerkschaften jektieren, werfen sich selbst vor, daß sie in ihren von Kapitalistengnaden unabhängigen Gewerkschaften die Mitglieder nur durch politischen Zwang halten können. Uns soll schier bedünken, daß sie alle beide stinken!

Ein Beitrag zur Jahrhundertfeier durchläuft gegenwärtig die politische Tagespresse. Die Stadt Danzig ist während der Napoleonischen Zeit zweimal der Scharplatz erbitterter Kämpfe gewesen. Einmal während des „unabhängigen“ Krieges, als sie von Preußen und Russen verheert und von den Franzosen belagert wurde. Sodann 1813, als die Franzosen die Verteidiger und die Verbündeten die Angreifer waren. In jenen Tagen sanken viele Tausende Kämpfer ins Grab und die Erde in und um Danzig birgt ihr Gebein bis zum heutigen Tage. Ein Teil der Beerdigungswerke von damals ist bereits vor Jahren gefallen, einen andern Teil hat der Magistrat vom Hofe erworben, um ihn gerade im Jahr der Erinnerungen an 1813 niederlegen zu lassen. Dabei kommen nun auch die in der Erde modernsten Totengebeine zutage, und zwar in so großem Umfange, daß sie viele Wagenfüllen füllen. Die Knochen werden aber nicht etwa beizet, sondern der Magistrat läßt es zu, daß sie von Frauen und Kindern gesammelt und, der Zentner zu M. 1.40, an Händler verkauft werden. Diese erscheinen mit Verd und Wagen auf dem Platz und bringen, damit das „Geschäft“ glatt von statten geht, sogar eine Dezimalwaage mit. Das geschieht seit Wochen Tag um Tag, und Tausende von Zentner Menschenknochen sind aufgefressen worden. Sie werden, wie es heißt, einer Fabrik für Kunstdünger verkauft. Unser Danziger Parteiblatt und ebenso das Zentrumsorgan nahmen bereits vor mehreren Tagen diese Vielblütigkeit zum Gegenstand einer längeren Betrachtung und wiesen darauf hin, daß Totengebeine kein Handelsobjekt sein sollten. Auch an die Gefahren, die den Knochenlesern selber drohen, erinnerte die „Volksmacht“, da es leicht möglich ist, daß Kinder durch Erdmassen veratmet werden können. Ebenso ist nicht auszuschließen, daß die Balkane Explosivkörper bergen kann, wie ein schweres Unglück, das sich beim Abbruch der Königsberger Ummantlung ereignete, beweist. Aber der Protest der beiden Zeitungen ist ungehört verhallt. Nach wie vor sind täglich hundert Kinder beschäftigt, die Leberreste ihrer Umpfänger aus der Erde zu buddeln, nach wie vor schaffte man die Gebeine der Selben von 1806 und 1813 fuhrtenweise in die Düngerefabrik.

(IS) Arbeiterverfolgungen in Brasilien. Ein in der sudamerikanischen Arbeiterpresse veröffentlichter, aus Santos, Brasilien, herrührender Aufruf meldet, daß die brasilianische Regierung neuerdings mit der größten Brutalität und Willkür gegen die ausländischen Arbeiter, die sich an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen, vorgeht. Den Anlaß dazu gab ein Gasenarbeiterstreik in der genannten Stadt Santos, der einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Nachdem der Streik beendet worden war, wurden vier spanische Streikteilnehmer verhaftet und deportiert, ohne daß ihnen irgendein Vergehen nachgewiesen werden konnte. 28 spanische Arbeiter schmachten im Gefängnis von Rio de Janeiro und ihnen steht gleichfalls die Deportation bevor. Die Regierung bezichtigt sie nach alter, bewährter Methode des „Frauenhandels“, der „Mischführung“ oder des „gefährlichen Anarchismus“, eine Verurteilung, von der in Brasilien wie in Argentinien als Vorwand zu den schändlichsten Verfolgungen der Arbeiterbewegung so oft Gebrauch gemacht wird.

den Organisationen der freien Berufe und des Kaufmannstandes, welche die Frauenarbeit oft in der unangenehmsten und gefährlichsten Weise grundtätig bekämpfen.

Damit wären die nennenswerten Berufsorganisationen der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen in Deutschland angeführt. Eine Anzahl außerdem vorhandener lokaler Vereinigungen und solcher Verbände, in denen auch Unternehmer eine Rolle spielen, ja meist auch deren Gründung veranlassen und die Zeitung, wenn auch nicht offenkundig, in Händen behalten, haben ihrer Mitgliederzahl und auch ihrer inneren Einrichtungen wegen keine Bedeutung und keinen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Mit der Organisierung der Arbeiterinnen begannen zuerst die freien Gewerkschaften. Die Furcht vor diesen und vor der Ausbreitung der sozialistischen Ideen war in den meisten Fällen die Veranlassung zur Gründung anderer Arbeiterinnenvereine. Ihrem Programm nach und auch in ihrer praktischen Betätigung sind zwar die freien Gewerkschaften politisch neutral, sie erblicken ihre politische Vertretung aber in der sozialdemokratischen Partei, weil diese nicht nur die Arbeiterklasse repräsentiert, sondern weil auch alle anderen Parteien bei der Vertretung der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen versagt haben.

Die Stellung zur Sozialdemokratie ist es aber, die den Gewerkschaften Feinde schafft, und zwar nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den bürgerlichen politischen Parteien, zumal diese schon oft durch die Vertreter der Sozialdemokratie im Parlament die arbeitervreundliche Klasse abgerissen worden ist. Daß unsere Gewerkschaften im Unternehmerlager keine Freunde erwirken, ist selbstverständlich. Die andern genannten Gewerkschaftsgruppen stehen unserer Gewerkschaftsbewegung gleichfalls feindlich gegenüber, was besonders dadurch zu erklären ist, daß bei energischem Vorgehen der freien Gewerkschaften sich regelmäßig zeigt, in wie geringem Maße die Arbeiterinteressen von der andern Seite vertreten werden.

So steht die freie Gewerkschaftsbewegung allein da, ihrer guten Sache vertrauensvoll, die sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und mit größter Energie betreibt. Gegen eine Welt von Feinden hat sie sich bisher behauptet und entwickelt. Die Widerstandskraft der Verbände ist von Jahr zu Jahr gewachsen und bestärken können auch die organisierten Arbeiterinnen, gedeckt durch die Gewerkschaften, mit Unterstützung der weiteren Entwicklung entgegenstehen. Diese wird und muß zur vollen Emanzipation der Arbeiterklasse und damit auch zur vollen Gleichberechtigung der Frauen führen.

Das Arbeiterinnensekretariat. Gertrud Hanna.

Gewerkschaftliches.

Ein Millionenkonsumverein. In verhältnismäßig kurzer Zeit haben sich eine Reihe gewerkschaftlicher Konsumvereine zu Unternehmungen mit Millionenumsätzen ausgewachsen. Der Jahresumsatz des Leipziger Konsumvereins betrug im vergangenen Jahre 1 200 000 Mark. Dieser Konsumverein ist der einzige in der Reihe, der mit dem genannten Umsatz an die Spitze aller deutschen Konsumvereine tritt.

Der bisher größte deutsche Konsumverein, der Breslauer Konsumverein, der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine nicht angehört, hatte am Ende des Jahres 1912 bei 97 664 Mitgliedern einen Umsatz von 1 250 000 Mark. Seit man auch in Rechnung, daß die Leipziger Konsumvereine neben Konsumvereinen auch Wirtschaftsgenossenschaften und Abteilungen an ihrer Mitgliederzahl, während der Breslauer Konsumverein sich nur auf Konsummittel und Wirtschaftsgenossenschaften beschränkt, so ist doch der Leipziger Konsumverein mit 1 200 000 Mark der Konsumvereine Leipziger Konsumvereine gegenüber dem Breslauer Konsumverein an der Spitze der deutschen Konsumvereine.

Der erwähnte 27 Millionen Mark bedienende Konsumverein hat einen Jahresumsatz in der Entwicklung der Leipziger Konsumvereine. Die 15 000 Mitglieder stellen je nur einen Bruchteil der gewerkschaftlichen Konsumvereine Leipziger Konsumvereine dar. Die 27 Millionen Mark bedeuten lediglich die gewöhnliche Mitgliederzahl zur Unterstützung von Mitgliedern, denen sich unsere Konsumvereine je über diese Lieferunterstützung hinauswenden werden auch bei dem Leipziger Konsumverein die erwünschten Erträge zu einem Lohn ansetzen.

Konsumvereine und Jugendvereine. Die Unterstützung der Konsumvereine durch die Jugendvereine und sonstige Gewerkschaftsorganisationen ist allgemein bekannt. Die Jugendvereine haben aber ganz besonders die Konsumvereine unterstützt, indem sie nicht nur auf der Welt geschäftlicher Waren, sondern auch auf der Welt geschäftlicher Waren zum Vertrieben der Jugendvereine unterhalten. Daher verdienen sie auch auf dem Leipziger Konsumverein die Unterstützung der Jugendvereine für die Jugendvereine heranzuziehen. In einigen Orten ist ihnen das auch gelungen. Nun hat der Leipziger Konsumverein in 1913 auch bei der Unterstützung der Jugendvereine die Unterstützung der Jugendvereine zu erlangen. Der Leipziger Konsumverein hat den Leipziger Konsumvereine und Jugendvereine.

1. Der Leipziger Konsumverein... 2. Der Leipziger Konsumverein...

Die Entscheidung stützt sich auf folgende Merkmale: a) die persönliche Stellung und eigene Tätigkeit des Unternehmers im Betriebe, b) die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Größe der Betriebsräume und -einrichtungen, die Menge der verarbeiteten Stoffe, der Umfang der Warenerzeugung, beziehungsweise Größe des Umsatzes, c) die Anwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, d) das Maß der angewendeten Arbeitsteilung.

Die Untersuchung ergab, daß bei der Errichtung der Bäckerei ein Backmeister und zehn Bäder, 1912 jedoch zwei Backmeister, 66 Bäder, ein Expedient, drei Hilfsarbeiter und außerdem noch 2555 Aushilfsbäder zu je einer Schicht beschäftigt waren. Der Produktionswert ist innerhalb dieser Zeit von 1 177 693 auf 1 523 155 gestiegen. Die Betriebseinrichtung mußte demzufolge bedeutend vergrößert werden. Nach diesem wurde anerkannt werden, daß tatsächlich eine so wesentliche Änderung der Sachlage eingetreten ist, daß nunmehr an der Fabrikmöglichkeit des in Frage stehenden Bäckereibetriebes kein Zweifel übrig bleibt. Außer dem Umstande, daß die in dem fraglichen Bäckereibetriebe beschäftigten Arbeiter überwiegend gelernte Arbeiter sind, kann nicht auf das Vorhandensein des Zusammenhanges mit dem Handwerk geschlossen werden, da dieser Umstand zufällig und mit den Arbeitsmarktverhältnissen zu erklären, nicht aber durch den Betrieb selbst bedingt ist, wie es denn keiner weiteren Erörterung darüber bedarf, daß für Bedienung der Sieb-, Rühr-, Knet- und Teilmaschinen, der Transportanlagen usw. gelernte Bäder nicht erforderlich sind.

Sie möchten allerdings bestreiten, daß die letzten Gründe richtig sind. Es steht doch fest, daß die Bedienung der Maschinen gewisse Fachkenntnis voraussetzt. Die Beschäftigung nur gelernter Arbeiter ist also nicht nur mit den Arbeitsmarktverhältnissen zu erklären. Aber trotzdem ist ein derartiger Großbetrieb selbstverständlich nicht mehr unter die handwerkswürdigen zu rechnen.

Merisches.

Der in seinem 38. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1914 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Auer & Co. in Hamburg) enthält: **Lebensbilder.** — **Populäres.** — **Wissenschaftliche Adressen.** — **Statistisches.** — **Kalender.** — **Reisen und Märkte.** — **Im Kreislauf des Jahres.** — **Währungsreform.** Von Heinrich Strobel (mit Illustration). — **Der Balkankrieg.** Von A. Demmer (mit Illustrationen). — **Goldene Worte.** — **Der Kahlbiber.** Eine lustige Geschichte von Ernst Leubner (mit Illustrationen). — **Die schöne Maschine.** Von Adolf Bruno (mit Illustrationen). — **Auf dem Land.** Gedicht von Max Barthel. — **Proletarische Schachspieler in Mitteldeutschland.** Von Dr. A. Conrad. — **Halberstadt-Kämpfe für die Arbeiterschaft (mit Illustrationen).** — **Die letzte Hoffnung.** Gedicht von Leo Heller. — **Die Brüder.** Erzählung von Julius Jerfas (mit Illustrationen). — **Reise an Bord.** Gedicht von Ernst Brezgang. — **Freiwilliger und unwilliger Humor in Wollfingblättern.** Von Konrad Haensch. — **Betrachtung und Betrachtung.** Von M. G. Baer (mit Zeichnungen). — **Zwei Seder aus dem Alltag.** Gedichte von H. Schulz und Fritz Sönger. — **Schwimmen und Fliegen.** Von Fritz Sönger (mit Zeichnungen). — **In Erwartung.** Gedicht von S. Kusch. — **Der preisgekrönte Bürgermeister.** Humoreske von Hermann Drechsler (mit Illustrationen). — **Edmunden der Zeit.** Gedichte von Julius Jerfas und Bernhard Wilhelm. — **Unsere Latex (mit Porträts).** — **Fliegende Blätter.** — **Fahnenweiche.** — **Goldhamster.** — **Für unsere Mitwelt.** — **Inspirationen.** — **Morgenmunde.** — **Der Krieg.** — **Die Kusskuppe.** — **Unter den Schachgruben.** — **Ein Tierparkbesuch auf Kaspislandspitze.** — **Der Vierläufer.** — **Ein Wandkalender.**

Der Preis des Kalenders beträgt 40 Pf. und er kann durch alle Parteinachhandlungen und Kolporteurs bezogen werden. Die Nachzahlung ist jedem Arbeiter nur zu empfehlen. Der angegebene Inhalt bietet außer viel Beliebstem noch einige gut gewählte Erzählungen und Gedichte. Auch die Illustrationen sind gut ausgefallen und ganz vorzüglich kommt der beigegebene Bilderdruck: **Der Vierläufer** (nach einem Gemälde von Fritz v. Hilde) zur Geltung.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Von diesem in unserer Berliner Parteiverlage erscheinenden Jahrbuch gelangt jedoch das erste Jahrbuch des zweiten Jahrgangs zur Ausgabe. Der Zweck des internationalen Jahrbuchs liegt darin, die Tagesereignisse zu sammeln und von Fachleuten, die als historisch bedeutsam erkannt sind, mit möglicher Genauigkeit Bericht zu geben. Auf diese Weise wird sich das Werk in seinen fortwährenden Bänden zu einem Nachschlagewerk gestalten, das zur angelegentlichsten Interessierung unbedingt führt, aber auch Fragen nach wichtigeren Vorgängen vergangener Jahre richtig und möglichst erschöpfend Antwort gibt.

Unsere kurze Inhaltsangabe zeigt schon, daß das internationale Jahrbuch für jeden Politiker, Gewerkschafter, Geschichtsforscher, Historiker, Journalist ein überaus wichtiges Nachschlagewerk ist, das herabzu lassen sich nicht werden können. Das internationale Jahrbuch erscheint in vier Heften jährlich und kostet pro Jahr 10 Mark. Jedes einzelne Heft 2,50. Der erste Jahrgang ist noch in Heften zu 10 Mark aber in einem Halbjahresband zum Preise von 12 Mark die Buchhandlungen zu beziehen. Sofort werden auch Bestellungen auf den zweiten Jahrgang angenommen.

—* Anzeigen. *

Geschäftsanzeige.

Allen Kollegen hierdurch zur Mitteilung, daß ich das **Lab- und Wirtschaftslokal, Hamburg, Ellsöder Weg 23** übernommen habe. [M. 4]

Großes Musikzimmer für 24 Personen zu Versammlungen zur Verfügung. Gute Speisen und Getränke zu niedrigen Preisen. Im nächsten Jahrgang führt M. Ellsöder, Hamburg.

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht! Schöninger Allee 2A • Bäcker-Verkehr.

Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends. Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schenk.

Empfehle allen Kollegen (durch mich zu beziehen) meinen **Hefe-Versandkorb „Ideal“** für 50 und 60 Mark. **Ventel-Versand**, mein eigener Versuch. Seit Benutzung dieses Korbes keine Klage mehr gehabt wegen schlechter Anstuf der Hefe. **Aug. Biederstedt, Wüstenberg i. Pommeren, Konditorei und Bäckereifabrik.** [M. 4]

Münchener Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Fromm, Schneidermeister, Walterstr. 10/11**

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Dersuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Etz, gegenüber dem Verbandslokal.**

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendsstunden.)

Sonntag, 3. August:
Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstr. 31. — **Braunschweig (Gemeinsame):** 3½ Uhr im „Fürstenthor“, Stobenstraße. — **Crefeld:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Breite Straße. — **Dortmund:** Vorm. 10½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. — **Duisburg:** Vorm. 10½ Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Düsseldorf:** Vorm. 10½ Uhr im Volkshaus. — **Geesthacht:** 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — **Gera:** 8 Uhr, „Zum Hainberg“. — **Geisweid:** Bei Lehmann, Holzberg 7. — **Gilbeshelm:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goldenstraße 23. — **Hof:** Vorm. 10 Uhr, „Zur goldenen Sonne“. — **Limbach i. S.:** 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — **Ludensweiler:** 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Heeliger Straße. — **Lübeck:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50. — **Marktreuth:** 2 Uhr bei Goh, Schreinerberg. — **Meschwitz:** 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — **Potsdam:** 2 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 22. — **Saarbrücken:** 3 Uhr im „Livoli“, Gerberstraße. — **Thorn:** 2 Uhr. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Wetteren:** Vorm. 10 Uhr bei Sievers. — **Wegscheid:** 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rolls-Straße 56. — **Weslar:** 3 Uhr bei Jordan, Lahnstr. 21.

Montag, 4. August:
Coburg: 5 Uhr im Restaurant „Neue Welt“.

Dienstag, 5. August:
Delitzsch: 8 Uhr im „Lindenhof“. — **Forst i. d. S.:** 3 Uhr bei Lademann, Ede Bahnhof- und Karlstraße. — **Frankfurt a. d. O.:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 81. — **Hannau:** 3 Uhr, „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — **Laubach i. Schl.:** 5 Uhr im Volkshaus, Breite Straße 21. — **Nürnberg:** 5½ Uhr, „Hilflicher Hof“. — **Stendal:** 6 Uhr bei Gröthe, Giffelbühlstr. 3.

Mittwoch, 6. August:
Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. — **Landenberg a. d. W. (Konbitoren-Fabrikbranche):** 5 Uhr bei Daber, Wollstraße 18. — **Penzig i. d. O. S.:** 5 Uhr im Hotel „Hohenzollern“, Bismarckstraße. — **Schwöblich:** 2½ Uhr in der „Germania“, Grimmischauer Straße. — **Schwabach:** 5 Uhr im „Baltisch“.

Donnerstag, 7. August:
Berchtesgaden. — **Coblenz:** 4 Uhr, „Zum milden Mann“, Moselstraße. — **Cottbus:** 3 Uhr bei West, Schloßstraße 12. — **Danzig:** 3 Uhr bei Schatz, Fischmarkt 6. — **Denzen (Bäcker):** 3½ Uhr im Volkshaus, Marktstraße. — **Guben:** Bei Mademacher, Salzmarktstr. 26. — **Karlshagen:** 3 Uhr im Restaurant „Zur Karlsburg“, Mademiststr. 30. — **Kiel (Konditoren):** 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße 24. — **Landenberg a. d. W. (Bäcker):** 3 Uhr bei Daber, Wollstraße 18. — **Offenbach:** 2 Uhr im „Storch“, Schloßstraße. — **Soran i. d. N. S.:** 4 Uhr in der „Flora“, Saganer Straße. — **Tangermünde:** 2 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — **Weimar:** 8 Uhr im Volkshaus.

Freitag, 8. August:
Braunschweig (Bäcker): 3½ Uhr im „Fürstenthor“, Stobenstr. 9; (Konditoren): 8 Uhr, „Fürstenthor“, Stobenstraße 9. — **Halle a. d. S. (Fabrikbranche):** 8½ Uhr, Kleine Marktstr. 7.

Sonnabend, 9. August:
Leipzig (Fabrikbranche): 8½ Uhr bei Nidor, Gohlis, Glöblichstraße. — **Lüdenscheid:** 8½ Uhr im „Salamander“, Hochstr. 12. — **Radolfstadt:** 8 Uhr, „Zum Gambinus“, Lengsfeldstr. 6.

Sonntag, 10. August:
Berenburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — **Bremerhaven:** 9 Uhr im „Bayerischen Hof“, Lange Straße 18. — **Eilen a. d. R.:** Vorm. 10 Uhr, „Zur Stadt Eberfeld“, Ederer Straße. — **Hessburg:** 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. — **Hagen-Schwerte:** Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstr. 85. — **Halle:** 10 Uhr. — **Heidenheim a. d. Brenz:** Vorm. 10 Uhr im „Lamm“. — **Herzberg:** Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Marktstraße 8. — **Jena:** 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Obernburg:** 3½ Uhr bei Buchner, Kurwiststr. 26. — **Osnabrück:** Vorm. 11 Uhr bei L. Müller, Pöhlstr. 60. — **Planen i. S.:** 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“. — **Reimschick:** Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — **Suhl:** 3 Uhr in Dombergs „Anstalt“. — **Wittenberg:** 1 Uhr, „Zur Sonne“. — **Wittenberg (Gast):** Vorm. 10 Uhr, „Zur Gintigkeit“, Löffelstr. 1.

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Weidner, Hamburg, Ede Bahnhof 57. — Verlag von O. Wilmann, Hamburg. — Post: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Auer & Co. in Hamburg.